

Breslauer



Zeitung

Die Expedition ist Herrenstrasse Nr. 20.

Nº 127.

Donnerstag den 1. Juni

1848.

Morgen wird keine Zeitung ausgegeben.

An die Abonnenten der stenogr. Berichte der Verhandlungen der National-Versammlungen in Berlin u. Frankfurt a. M.
Heute erscheint der 9. und 10. Bogen des 1. Abonnements: Berlin Bogen 5. und 6.

Preußen.

Versammlung zur Vereinbarung der preussischen Staats-Verfassung.

Berlin, 30. Mai. Die sechste Sitzung beginnt bald nach 10 Uhr unter dem Vorsitz des Präsidenten Milde, mit Verlesung und Annahme des Protokolls der vorigen. Ein eingegangener Protest des Friedrich-Wilhelmstädtischen Bezirks gegen den Verfassungs-Entwurf wird an die Abtheilung gewiesen. Die Wahl-Prüfungs-Kommission berichtet über spätere Wahlen und Nachwahlen, welche für gültig erklärt sind; dagegen erhobene Verwahrungen wurden als unerheblich besiegelt. Der Bericht über die Bildung der Abtheilungen ergiebt Folgendes: Die acht Abtheilungen haben folgende Vorsitzende ernannt: die Herren Waldeck, von Kirchmann, Grabow, Windhorst, Phillips, Eßer, Köhler und Pinder (bei der letzten, der achten, Abtheilung ist Ullrich Schriftführer). Außerdem haben die Abtheilungen Ausschüsse rücksichtlich der Waldenaerschen Verhaftung, der Beschaffung eines andern Lokals und der Bitschriften niedergelegt. Da die Sitzungssäle der Abtheilungen unzureichend sind, so versprach der Minister des Innern, noch im Laufe des Tages Vorkehrung wegen jener Lokalitäten zu treffen. — Auf der Tagesordnung stand der Antrag des Herrn Rodbertus auf Aussetzung der Plenarsitzungen bis dahin, daß die bestimmte Geschäftsordnung zur Berathung reif sei. Herr Rodbertus begründete seinen Antrag auch dahin, daß die vorläufige Geschäftsordnung mehr für eine gewöhnliche gesetz als für die verfassungsgebende Versammlung passe. Herr Eßer erklärte sich gegen den Hauptantrag; desgleichen Herr Müller, weil ein solches Aussehen wie eine Mittagsruhe der Versammlung aussehe. Herr Dunker unterstützt den Rischen Antrag, behält sich jedoch das Ammendment vor, daß die Versammlung vor ihrer etwanigen Vertagung eine aus je 2 Mitgliedern jeglicher Abtheilung zu bildende Kommission niederseze. Der Finanz-Minister Hansemann bekämpft den Rodbertus'schen Antrag, weil er von Ausnahme zu Ausnahme führe. Die Herren Schramm, Arns und Neumann stellen Ammendements, welche theils keine Unterstützung, theils bei der Abstimmung durchfallen; nur das Ammendment des Herrn v. Kirchmann, daß nämlich die Plenarsitzungen fortduern, die Berathungen über Gegenstände der Geschäfts-Ordnung aber unzulässig seien, wird angenommen, nachdem der Antrag des Hrn. Rodbertus, welcher sich dem Dunkerschen angeschlossen, daß, als die Plenarsitzungen ausfallen, die Adress-Kommission aber sofort ernannt werde, verworfen worden war. — Der Präsident Milde tritt einstweilen den Präsidentenstuhl dem ersten Vice-Präsidenten Eßer ab. — Herr Benker nimmt seinen Antrag auf Ernennung einer Kommission zur Entwurfung einer definitiven Geschäftsordnung, worauf ein Abgeordneter bemerkte, daß die Nationalversammlung bis zur Erledigung der Verfassung beisammen bleibe, zurück. — Minister-Präsident Camphausen: Das Ministerium kann zwar nicht auf Widerlegung alles auf der Tribüne Gesprochenen eingehen, das Stillschweigen der Minister aber nicht immer als eine Zustimmung zu den hier vorgetragenen Ansichten gelten. Das Ministerium vom 29. März ist bald nach einer Begebenheit, deren hohe Bedeutung es keineswegs verkennt und verkannt hat, an die Spitze der Geschäfte getreten. Jetzt aber stehen wir an dem Eingang der Verfassung und der Weg dazu ist weit. Jene Begebenheit ist jedoch keine vollständige Umwälzung, das Neue nicht erst rechtlich zu begründen, vielmehr an das Alte anzureihen. Das

Ministerium sah es als eine Bedingung seiner Existenz an, daß der vereinigte Landtag zusammentrete, das Wahlgesetz mit diesem berathen werde. Es hat das spätere Unsinnen, auf eigene Hand ein direktes Wahlsystem anzurufen, abgewiesen, weil es keine Diktatur ausüben wollte und konnte. Auf Grund dieses Wahlgesetzes, wie es aus dem Beirath des vereinigten Landtags hervorging, sind die Abgeordneten hier. Ihre Vollmacht ist, mit der Krone die Verfassung zu vereinbaren. Deshalb ist ein Eingehen auf die Grenzen der Befugnisse dieser Versammlung ganz überflüssig, sie enthält ihre Befugnisse vielmehr aus ihren eigenen Verhandlungen, sie ist nicht unabhängig von der öffentlichen Meinung. Ihre Macht ist groß und eben deshalb wäre es ein unermessliches Unglück, wenn der Zweck der Versammlung nicht erfüllt würde. Alle Theile haben dabei ein gleich großes Interesse (Weiß zur Rechten). — Die Versammlung beschließt die sofortige Niedersetzung einer Kommission Bewußt-Ausarbeitung einer bestimmten Geschäfts-Ordnung. Auf des Herrn Schornbaum Antrag wird der Beschluss gefasst, den Stellvertreter des verhafteten Abgeordneten R. Waldenaer einzuberufen. Der Minister des Innern hatte erklärt, daß er es schon früher gethan haben würde, wenn er nicht besorgt hätte, der Versammlung darin vorzugreifen. Herrn Hüffers Antrag wegen Abwechselung der für oder wider einen Gegenstand eingeschriebenen Redner wird an die zur Berathung der Geschäftsordnung bereits eingesetzte Commission verwiesen. Herr Nees v. Esenbeck verliest seinen Antrag: daß eine Commission zur Bearbeitung eines anderweitigen Verfassungs-Entwurfs, welcher von der National-Versammlung zugleich mit dem ministeriellen Entwurf nur von volksthümlicheren Grundsätzen als dieser ausgehend berathen werden sollte. Die ganze Linke erhob sich zur Unterstützung des Antrages, welcher nach kurzer Berathung an die Abtheilung verwiesen wird. Ein Antrag des Herrn Schramm auf Verwerfung des Verfassungs-Entwurfs, Aussetzung aller Verhandlungen darüber, bis eine Commission der Versammlung einen Entwurf vorgelegt hat, mit Ausnahme jedoch der sogenannten Arbeitsfragen wird nicht unterstützt. (Herr Milde nimmt jetzt wieder den Präsidentenstuhl ein, welchen er auf einige Zeit seinem ersten Stellvertreter Herrn Eßer abgetreten hatte.) Der Antrag des Herrn Bauer (aus Berlin), auf Niedersetzung einer aus Abgeordneten aller Provinzen zu bildenden Commission, welche die aus allen Theilen eingegangenen materiellen Interessen betreffenden Bitschriften prüfen, sichten, darüber berichten und Vorschläge machen müsse, wird unterstützt und an die Abtheilung gewiesen; desgleichen der d.s. Herrn Grause auf Entwerfung eines Communal-Edikts für das platteländische Land. Herrn Jungs Antrag: die Wittwen und Waisen der am 18. März in Berlin für die Freiheit gefallenen Helden aus Staatsmitteln zu pensioniren, wird gleichfalls unterstützt und an die Abtheilung gewissen. Herr Jung macht hiernächst seine Anfrage (Interpellation) an den Kriegsminister wegen des theilweise in dem Heere herrschenden reactionären Geistes. Auf die Anfrage des Präsidenten, ob der Antrag unterstützt wird, erhebt sich eine überwiegende Mehrheit dafür und zwar ebensoviel von der Linken, als von dem Centrum und der Rechten. Nach dem gestrigen Beschlusse hätte die Sache nunmehr an die Abtheilung kommen müssen, man sieht aber die Unmöglichkeit eines solchen Beschlusses ein und Herr

Waldeck, welcher diese Unmöglichkeit noch näher darthun will, wird durch großen Lärm unterbrochen. Der Minister-Präsident Camphausen schlägt vor, daß, nachdem die Versammlung sich für die Interpellation entschieden, der Kriegsminister die Zeit der Antwort bestimmen möge. Herr Graf Cieckowski führt an, daß Interpellation überall ein Recht der Minderheit gegen die Mehrheit sei und durch Begründung der Anfrage vor sich gehen möge. Hr. Jung sagt, er wollte durch seine Anfrage die Grundsätze, welche das Kriegsministerium Betreffs des Militärs befolge, lediglich klarstellen, da in der Befolgung der bisherigen Grundsätze Gefahr für die jetzigen Zustände liege. Die preuß. Wehrverfassung, wie sie Scharnhorst entworfen, sei eine der volksthümlichsten, und dennoch die preußische jetzt eine der unvolksthümlichsten in ganz Deutschland (Bewegung); das röhre daher, weil die Landwehr sich nicht der allgemeinen Volksbewaffnung angeschlossen habe und die Soldaten von dem Volksleben getrennt und abgesondert worden. So habe man am 18. März Scenen der Barbarei in Berlin gesehen, welche einen um so trübleren Anblick bieten, als die öfters menschlicheren Offiziere ihre Untergebenen, aller Gegenbefehle ungeachtet, von grausamer Behandlung nicht abzuhalten vermochten hätten. Der Redner hatte gehofft, daß das aus der Bewegung hervorgegangene neue Kriegsministerium diese verderbliche Trennung aufheben werde, sich aber darin getäuscht gesehen. Als mehrere Truppentheile sich über ihre Angelegenheiten vereinigt gewollt, untersagte es der Kriegsminister und erkannte damit an, daß das Militärgefecht die Truppen von der Freiheit ausschließe. Der Kriegsminister, der General Schreckenstein und Prinz Adalbert hätten das ausgesprochen. Wenn man aber dabei immer auf Disciplin hinweise, so möge man doch ja beachten, daß die Disciplin neuerdings, z. B. in Trier, Mainz und der Provinz nicht ausgereicht. Jene Disciplin, welche nur verlangt, daß der Soldat nicht gleich der Beste nahe, sei darunter nicht verstanden. Ferner seien Offiziere versezt, weil sie Bitschriften eingereicht, wogegen andere höhere Offiziere fortwährend den feindseligen Geist gegen das Volk erhalten, habe noch erst neulich zu Berlin ein höherer Offizier den Gardelandwehrmännern gesagt: die Barrakoden-Helden müßten gehängt werden. Deshalb umfaßte die Interpellation folgende drei Punkte: 1) Ist der Kriegsminister noch immer der Ansicht, daß das Versammlungs- und Petitionsrecht auf Militär keine Anwendung habe? 2) Werden Offiziere, die den der neuen Zeit feindlichen Geist zu nähern suchen als gemeingefährlich entfernt? 3) Geschieht da, wo ein solcher Geist herrscht, Nichts zur Belehrung?

Der Kriegsminister vertheidigt das Heer überhaupt gegen den „ Verdacht und das Vorurtheil, als ob es die Reaction wolle.“ Herr Bauer (aus Krotschin) hält dem Militär eine kurze Lobrede. Der Kommissar des Kriegsministers, Oberstleutnant Fischer beantwortet die erste Anfrage, indem er ausdrücklich sich auf die Gesetzgebung aller Länder und Seiten beruft, wornach die Berathungen der Corps als nirgends gestattet wird und auch nie gestattet worden ist. Ad 2 sei dem Kriegsminister kein spezieller Fall bekannt. (Dr. Elsner und Graf Reichenbach: Jung in Schweidnitz.) Ob. Lt. Fischer: Jung in Schweidnitz hat an den Ministerpräsidenten eine Beschwerde gerichtet, welche dem Kriegsminister noch nicht zugegangen ist. Ad 3 sei es nicht bekannt geworden, daß das Corps sich entschieden der neuen Zeit widerstellt habe. Sollte es geschehen, so werde Rüge eintreten;

nur hätte man sich mit reactionären Tendenzen den Geist der Ordnung zu verwechseln. Exesse mögen wie Erschaffungen der Disciplin vorgekommen sein, das verschulden aber die „Wühlereien“, die auch in das Heer Eingang gefunden. Bei ambauernden Schmähungen können auch die Neuerungen Einzelner das Maß überschreiten, doch möge man hier compensiren. Wie von obenher auf das Heer gewirkt werde, zeigte der Heerbefehl des Königs, wie er am 1. Mai, unter Verantwortlichkeit des Kriegsministers erlassen worden (vergl. dens. in Nr. 104 d. 3.). Noch sei keine Macht geschaffen, welche in Abwesenheit des stehenden Heeres die Ordnung erhalte. Bis dahin müsse das Heer seinen Beruf erfüllen und über Befehle der Oberen nicht berathen wollen (Schwacher, von Zischen überdecker Beifall). Hr. d'Ester weist nach, daß, wenn auch ein Berathen unter Waffen nicht statthaft sei, man dem Heere das, was allen Preußen gewährt worden, entzogen habe. Das Rescr. des Kriegsministers habe in der Rheinprovinz ohne alle Wühlereien große Misstimung erzeugt. Er (der Redner) werde dem Kriegs-Minister spezielle Fälle, wie man gegen freisinnige Offiziere verfahre, mittheilen; er bauje aber auf den Geist der jungen Freiheit, und daß kein Rescript den reactionären Geist, in der Rhein-Provinz sicherlich nicht, aber auch sonst nicht erzeugen werde. Hr. Siebert theilte Thatsachen mit, wie im Soldin (Neumark) der Major Heyduck, auf eine Ermächtigung des Brigadegeneralshabers hin, eine Versammlung der Landwehrmänner 1. und 2. Aufgebots zu hintertreiben versucht habe, wie, als es ihm nicht gelungen, der Lieutenant v. Estermann nach den Dörfern gegangen sei, die Bauern zur Störung der Versammlung angereizt, ihnen zugeredet habe, sich mit Kulteln zu versehen und zur Erhöhung des Skandals „einen hinter die Binde zu ziehen“ (Ruf: Unparlamentar. Ausdruck. Der Präsident erucht den Redner, die Form zu beobachten). Ja der Major Heyduck habe sogar eine bewaffnete Störung beabsichtigt. Hr. v. Berg protestirt noch zum Schluss gegen die Einmischung des Herrn Bauer (Krotochin) in die Beantwortung, da er, wie sich ergeben, von dem Kriegsminister keinen Auftrag gehabt. Damit ist die Verhandlung geschlossen. Hr. Jung macht demnächst den Antrag, daß den nicht unter den Waffen stehenden Soldaten das Versammlungs- und Petitionsrecht unverschränkt bleibe; ferner richtet derselbe eine Anfrage an den Minister des Auswärtigen, ob die eines freien Volkes unwürdige Cartesconvention mit Russland aufgehoben werde? Der Minister v. Arnim entgegnet nach einigen Bedenklichkeiten, daß er am Freitag (2. Juni) darauf antworten werde. Hrn. Dunkers Antrag wegen Entfernung einer Adresse an den König wird auf morgen verschoben. Hr. v. Berg fragt: welche Maßregeln das Ministerium zur Wiederherstellung und Handhabung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit zu ergreifen, und wie es bei Aufruhr künftig das Militär zu verwenden gedenke. Der Minister des Innern verheist den Bescheid gleichfalls am Freitag.

Die Herren Elsner, Stein und Gr. Reichenbach überreichen die Anträge des Breslauer demokratischen Vereins (welche sie auch zu den ihrigen machen), wonach a) die Nationalversammlung erkläre: die Berliner Märkämpfer haben sich um das Vaterland verdient gemacht, b) jenen Helden ist auf Staatskosten ein Denkmal zu setzen. Schrifstücke und Anträge gehen an die Kommission. Der Präsident theilt mit, daß in dem Justizministerium den Abtheilungen Sitzungssäle beschafft seien. — Die Versammlung verzögert schließlich, daß das Reglement zuerst berathen werde. (Ende der Sitzung 3 Uhr).

Berlin, 30. Mai. Se. Majestät der König haben allernächst geruh: dem Vicedirektor des botanischen Gartens, Dr. Kunth zu Berlin, und dem General-Musikdirektor Dr. Spohr zu Kassel, auf Grund der stattgehabten Wahl, die Friedensklasse des Ordens pour le mérite für Wissenschaften und Künste zu verleihen. — Der bisherige Privat-Docent Dr. Eduard Heine in Bonn, ist zum außerordentlichen Professor in der philosophischen Fakultät der dortigen Universität ernannt worden.

Dem Kaufmann und Fabrikbesitzer J. C. Seppelt zu Wüste-Waltersdorf in Schlesien ist unter dem 25. Mai 1848 ein Patent auf eine für neu und eigenthümlich erachtete Behandlung der aus bituminösem Holze geschnittenen Fourniere behufs der Verarbeitung zu Möbeln und Geräthschaften auf 5 Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preuß. Staates ertheilt worden.

Angekommen: Der Generalmajor und Inspekteur der 2ten Ingenieur-Inspektion, From, von Frankfurt a. M.

† Berlin, 30. Mai. Durch die Wahl des Herrn Mild e zum Präsidenten der Nationalversammlung hat die Rechte trotz der 46 Stimmen Majorität einen sehr zweifelhaften Sieg errungen. Diese Majorität war eine erkünstelte, weil zuletzt Viele aus dem, bis jetzt immer noch blos sogenannten, Zentrum (auch Sumpf genannt) für ihn stimmten, indem

sie theils Herrn Waldeck als Katholiken perhorrecierten, theils überredet worden waren, Alles, aber geradezu Alles, wofür die Linke stimme, ziele auf die „Republik“ ab! Die „Republik“ ist der allgemeine Popanz, mit welchen man die Unentschiedenen und Halben vor einem Anschlusse an die Linke, obgleich die Meisten von ihnen gleiches Interesse mit ihr haben, zurückzuschrecken sucht. Daher das sonderbare und oft in der That höchst komische Schauspiel, daß Anträge der unschuldigsten Art trotz ihrer augenscheinlichen Zweckmäßigkeit oft nur deshalb von der Rechten angegriffen und verworfen werden, weil sie von der Linken ausgegangen sind. Gewiß ist der Verfassungs-Entwurf eine sehr oberflächliche Arbeit des Camphausenschen Ministeriums, gewiß ist er sogar als eine Demonstration gegen die Märzrevolution zu betrachten; nichts desto weniger ist aber dieses Ministerium, wie der Augenschein immer deutlicher ergibt, zehnmal liberaler als die ministerielle Rechte, und es ist gar keinem Zweifel unterworfen, daß es dieser gegenüber als zu radical fallen müßte, wenn in der Versammlung selbst nicht ein energischer Gegensatz vorhanden wäre. Hatte man doch sogar in einer Separatversammlung dieser Partei den hochherzigen Gedanken erfaßt, auf Ausschließung aller polnischen Abgeordneten der nicht reorganisierten Distrikte Posen anzutragen, weil sich dieselben ohne Ausnahme zur entschiedensten Linken halten! Daraus können Sie nun ohngefähr entnehmen, ob die Nationalversammlung in ihrer jetzigen Zusammensetzung geeignet und Willens ist, die durch die Revolution gestellte Aufgabe in die Hand zu nehmen und durchzuführen. Ich stelle ihre Fähigkeit und den guten Willen dies zu thun, schon jetzt entschieden in Abrede, und bin sogar der festen Ueberzeugung, daß sie eine neue weit schlimmere und blutigere Revolution, als die gegenwärtige hervorruhen wird. Ist nun unter solchen Umständen, den Bedürfnissen des Landes gewissermaßen zum Trost, an ein Ministerium Pinde-Milde auch nur im Entferntesten zu denken? Abgesehen von der Persönlichkeit dieser Männer, die noch dazu in vielen Dingen sehr wesentlich von einander abweichen, wäre die Combination eines solchen Ministeriums dem Camphausenschen gegenüber als ein Rückschritt und höchstens als ein Versuch zu betrachten, wie viel man wohl der öffentlichen Meinung bieten könne, ohne ganz und gar in das alte Regime zurückzufallen. Weit möglicher macht sich Herr Hansemann, dem es während der Debatte bisweilen auf eine kleine Concession an die Linke nicht ankommt, obgleich auch er weit davon entfernt ist, in seiner früher eingeschlagenen Richtung fortzuschreiten. Unterdessen geben sich die eingeweihten Anhänger des bestehenden Ministeriums alle eiderliche Mühe, den Kredit desselben aufrecht zu erhalten. Sie erzählen, daß der Verfassungs-Entwurf nicht nur nicht von ihnen ausgegangen sei, sondern sogar perhorrecirt werde. Allerdings habe es durch die Vorlage desselben gewissermaßen eine moralische Verantwortlichkeit übernommen; jedoch sei dies lediglich unter Berücksichtigung sehr delikater Umstände geschehen, in denen eine Abdankung eine große Rolle spielt und die Annahme oder Verwerfung desselben werde zu keiner Lebensfrage gemacht werden. Wie nun die Sachen gegenwärtig stehen, wird der Entwurf wahrscheinlich nicht durchaus fallen; man wird sich mit vielen Abänderungen begnügen und uns trotz der Opposition der Linken ein Zweikammerystem, vielleicht nach dem Zuschnitte des belgischen aufdrängen. Wie wenig die Majorität der Nationalversammlung die Aufgabe, welche sie lediglich in Folge der März-Revolution erhalten hat, begreift, giebt sich unter Andern auch durch ihren Widerwillen gegen die März-Revolution zu erkennen. Jede Hindeutung auf dieselbe erregt ihren Missmuth; ja, als Elsner gestern in seinem Antrage auf Beschaffung eines geeigneteren Sitzungssaales die Behauptung aussprach, die Bevölkerung Berlins habe gerade wegen ihrer Märkämpfe einen Anspruch auf größere öffentliche und Theilnahme an den Sitzungen errungen, konnte die rechte Seite nicht umhin, ihr Missfallen durch Trommeln und Murren zu erkennen, obgleich keiner aus ihr den Muth hatte, geradezu gegen den Vorschlag aufzutreten. Sie hat alle Ursache, das Berliner Publikum zu fürchten, welches bereits sehr entschieden Partei gegen sie zu nehmen beginnt. Demnach ist es auch gar nicht unmöglich, daß morgen die durch den Breslauer demokratisch-konstitutionellen Klub gestellten und von Stein, Elsner, Reichenbach unterstützten Anträge, nach welchen die Nationalversammlung erklären soll: 1. Daß sich die Barrikadenkämpfer im März um das Vaterland verdient gemacht haben; 2. daß den gefallenen Barrikadenhelden ein Nationaldenkmal gesetzt werde, durchgehen! Bei der Vorlesung dieser Anträge verhielt sich heute die Rechte schon ganz ruhig, und ich wollte fast wetten, daß sie sich morgen mit wenigen Ausnahmen bloß aufs Abstimmen beschränken wird. — A propos! Ist Hr. Wit, genannt von Döring, wieder in Schlesien? Dieser Mann wollte sein Geschäft, freisinnige Männer beim Publikum zu verdächtigen, auch hier in Berlin fortsetzen, wurde aber dafür mit einigen kolossalen Käzenmusiken belohnt, und der Skandal steigerte

sich so, daß ihm der Wirth des Hotel du Nord das Logis kündigen mußte. Der gute Mann wollte es bei der Denunciation des Hrn. v. Kirchmann und Lemme nicht bewenden lassen; er war auch noch mit einem Manuscript versehen, in welchem die Breslauer Deputirten auf eine skandalöse Weise mitgenommen wurden. Zur Charakteristik dieses Manuscripts möge Ihnen die Notiz dienen, daß sich der Buchdruckereibesitzer, welchem es zum Drucke durch einen Lohnbedienten überbracht wurde, weigerte, ein solches Machwerk aus seiner Offizin hervorgehen zu lassen.

■ Berlin, 30. Mai. In der heutigen ordentlichen General-Versammlung der Aktionäre der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn wurden folgende Beschlüsse gefaßt: 1. Nach 2 Monaten eine außerordentliche General-Versammlung zu berufen, um über Änderung der Statuten zu berathen. Beuß dieses ist eine Kommission zur Entwerfung von Vorschlägen ernannt worden. Mitglieder dieser Kommission sind: Der Vorsthende, der Syndikus, ein Mitglied des Verwaltungs-Raths und sechs Aktionäre. 2. Es wurde eine bedingte Oeffentlichkeit der Sitzungen des Verwaltungs-Raths für Aktionäre gestattet. — 3. Der Beamten-Pensions- und Unterstützungs-Kasse wurde einstimmig ein Zuschuß von 2000 Thaler für das laufende Jahr bewilligt. — 4. Der Wittwe des verstorbenen Ober-Baumeisters Bock wurde eine Unterstützung von 200 Thaler auf 5 Jahre einstimmig, unter lobender Anerkennung der Verdienste ihres verstorbenen Gatten, votirt. — 5. Wahl der Gesellschafts-Vorstände. a) Zu Direktoren: 1. Herr Banquier Henoch mit 497 Stimmen. 2) Herr Assessor Fournier 455 St. 3. Herr Kaufmann Jakob 335 St. 4. Herr Geh. Archiv-Rath Niedel 295 St. 5. Herr Justiz-Kommissar Furbach 285 St. 6. Herr Banquier Rubens 237 St. 7. Herr Maurermeister Schütter 235 St. b) Zu Stellvertretern: 1. Herr Banquier Gelpke mit 408 St. 2. Herr Banquier Ebeling 242 St. 3. Herr Justiz-Kommissar von Tempelhoff 239 St. 4. Herr Kaufmann Riese 192 Stimmen.

■ Berlin, 30. Mai. Man spricht davon, daß die bekannte Minorität in der Studentenschaft und die bewaffneten Handwerker, welche am Tage der Bürgergarden-Parade sich renitent gehalten, entwaffnet werden sollen. — Der preußische Verein für konstitutionelles Königthum macht bekannt, daß er es für seine Pflicht halte, diejenigen Handlungen und veröffentlichte Schriften, welche Erregung zum Aufruhr oder Umsturz der konstitutionellen Monarchie begweckten, sofort zur Kenntniß der Staatsanwaltschaft zu bringen. — Die heutige Sitzung der Kammer war sehr denkwürdig durch die Erklärung Camphausens über das Verhältniß der jetzigen Regierung zur Revolution. Die Stimme des Ministers hatte bei dieser Deklaration etwas Feierliches, Echabenes und sehr — Bestimmtes, er accentuirte scharf, er war sich bewußt, etwas überaus Wichtiges zu verkünden und auszusprechen. Auch die Haltung der Kammer war nicht blos eine aufmerksame, sie war in diesem Momente — was bei der sonstigen Verstreutheit der Versammlung viel heißen will — eine gesammelte, ernste, bedeutungsvolle. Als der Minister, von dem man sagen muß, daß er aus innerer Überzeugungstreue zu sprechen schien, geschlossen, erscholl von der rechten Seite Beifallsruf; aber dieser letztere hatte nicht im Entferntesten jenen stürmischen oder nur lebhaften Charakter, wie er die Folge begeisterter Regungen zu sein pflegt. Ueberhaupt zeigt die Kammer, deren Physiognomie man nach den bisherigen Erfahrungen und nach einer historisch bekannten Analogie in trouvable (unfindbar) nennen könnte, neben ihrem lärmigen Hantiren einen sehr nüchternen Charakter, eine große Fähigkeit formalen Formen und Fragen gegenüber und einen klar ausgesprochenen Degout für das Eingehen auf Materien, die bedeutsamer Natur sind. Dieser Degout offenbart sich geradezu als Scheu, und findet wohl seinen Grund darin, daß die Hauptparteien in der Kammer sich gegenseitig beobachten und ihre gegenseitigen Kräfte erst kennen lernen wollen. — Auch mag es nicht verhehlt werden — und am Ende hat die freie Presse ein Recht, diese Materie vor ihr Forum zu ziehen, — daß eine genaue Kritik der bisherigen Verhandlungen zu dem Resultate führt: es hätte bei etwas geringerem Egoismus dieses und jenes Redners viel Schleppendes, viel Unnützes, viel Zeitwendes erspart werden können, und man wäre bereits zu irgend Etwas gekommen, (was bis jetzt noch nicht der Fall ist), wenn einerseits mehr parlamentarischer Dokt, ich will noch gar nicht sagen: mehr parlamentarische Gewandtheit und Kunst obgewaltet hätte, und wenn ein so recht begeisterter Schwung für das allgemeine Wohl (das beste Gegengestalt gegen den Egoismus) würdig der außerordentlichen Situation und des harrenden Landes, die Gemüther durchdränge. Was soll man zu den Amendments-Schachtelei sagen — anders ist das Ding bei dem gänzlichen Mangel parlamentarischer Logik in vielen Anträgen nicht zu benennen, — welche bei dem geringfügigsten Anlaß sich aufstürmt, zu ganz unnützen Abstimmun-

gen führt (denn es erhebt sich Niemand), und die Zeit vertrödelt? Was soll man dazu sagen, wenn Amendements in schwerfälliger Redebreite vorgebracht werden, welche mit nur etwas veränderten Worten ihre Vorgänger truhen vorzitzen und deren Antragsteller sich hinterdrein noch beschweren, daß sie übergangen sind, so daß der Präsident — als buchstäblich vorgekommen — ziemlich wichtig sagen muß; ich werde das Ammendment zweimal hintereinander verlesen lassen. Wozu überhaupt dieses minutöse Anklammern an Kleinlichkeiten, diese ängstliche Pedanterie, wo es sich um so Großes handelt, dieses Haschen nach unnützem Projekt machen? Ich frage mit ruhiger Unbefangenheit, ob man den Antrag (der sehr viele Zeit gekostet), sich bis zur Feststellung des Geschäfts-Reglements zu vertagen, nicht mit vollem Rechte als ein unnützes Projekt machen zu bezeichnen befugt ist.

Es ist gestern hier eine gemischte Deputation, bestehend aus Ministerial- und Regierungsbeauftragten, Magistratspersonen, Stadtverordneten und Bürgerwehrmännern (letztere bestehen aus 1 Major, 1 Hauptmann, 1 Offizier, 2 Unteroffizieren und 2 Wehrmännern) zusammengetreten, um die hier so vielfach auftauchenden Gerüchte zu untersuchen, respective zu widerlegen. Wir wollen besagter Commission sogleich zu thun geben, indem wir ihr denunciren, daß in Konditoreien, Kaffeehäusern und an den Straßenecken „aus bester Quelle“ versichert wird, wie unter den Bürgerwehrmännern ein Circular circulare (gesehen haben wir's nicht), worin dieselben angeblich aufgefordert werden, mit ihrer Namensunterschrift zu bekräftigen: daß sie die ihnen übergebenen Waffen in gutem Stande zu halten, um sie auf Verlangen so abliefern zu können. — Noch eins: Unter den Plakaten, von denen unsere Strafsecken starren, befindet sich jetzt auch eines zu Gunsten des Herrn Commandeurs der Bürgerwehr, General von Aschoff, welches großes Aufsehen macht, indem es die Bürgerwehr zu einem Vertrauensvotum gegen den Herrn Commandeur auffordert. Gestern nun sollen sich, sagt die Fama, mehrere Bürger zu dem Buchdrucker Herrn Reichardt begeben und angefragt haben, von wem dieses Plakat ausgegangen wäre, und es soll der Druckereibesitzer Herr Reichardt geantwortet haben, daß er das Manuscript aus dem Central-Bureau der Bürgerwehr, also von Herrn von Aschoff, erhalten habe. (B.-H.)

In dem Klub der Abgeordneten zur Nationalversammlung, der sich kürzlich in Berlin gebildet hat, ist der Vorschlag gemacht worden, den Staat zu veranlassen und zu ermächtigen, daß er sämtliche Eisenbahnen übernehme und die Inhaber der Aktien durch ein neu zu creirendes Papiergehalt, dem als hypothekarisches Unterpfand das Kapital und die Revenüen der Eisenbahnen dienen sollen, abfinde.

Posen, 28. Mai. Wie wir aus sicherem Munde erfahren, hat der in der Citadelle Winiary verhaftete Justizkommissar Krauthofer aus seinem Gefängnis in einem nur zur Hälfte verspeiseten Hühne, das er mit Kartoffeln zugeklebt, einen mit Bleistift geschriebenen Artikel für die „Breslauer Zeitung“*) in die Stadt einzuführen versucht, in welchem er sich über verschiedene Punkte in lieblichem Tone ausspricht. Das Blättchen ist jedoch entdeckt und dem Oberst von Hellendorf ausgehändigt worden. Enthält der Artikel nicht zur Untersuchung gehörige Gegenstände, so übergebt wohl Herr v. Hellendorff, worum wir bitten, denselben der Offenlichkeit? — Die öffentliche Ruhe und Sicherheit in unserer Provinz ist, Dank der umsichtigen Thätigkeit unserer Militärböhrden, jetzt vollständig wiederhergestellt. Die zahlreichen Banden, welche, besonders seit der am 9ten d. M. konventionswidrig erfolgten unregelmäßigen Auflösung des Insurgentenheeres, sich plünderten und raubend über das ganze Land verbreitet hatten, sind zerstört und gefangen eingefangen.

Die Gerichte entwickeln eine gesteigerte Thätigkeit, um die gegen die Ruhestörer eingeleiteten Untersuchungen, zum Theil mit Hülfe vermehrter Arbeitskräfte, zu einem möglichst baldigen Abschluße zu fördern. Um jedes Wiederaufleben des kaum unterdrückten Aufstandes zu verhüten, sind die am meisten bedroht gewesenen Städte der Provinz zur großen Revivification ihrer Bewohner in angemessener Stärke militärisch besetzt, und wo dies bis jetzt nicht hat geschehen können, wird man jedenfalls den nötigen militärischen Schutz binnen kürzester Frist noch gewähren. Eine in vielen tausend Exemplaren über das Land verbreitete Ansprache des Generals v. Pfuel „An die polnischen Landleute“, in der mit sehr populären Worten die wahre Lage der Dinge beleuchtet wird, hat übrigens — wie wir von den verschiedensten Seiten erfahren — so beruhigend gewirkt, daß eine wiederholte Ruhestörung nicht zu befürchten ist. Erst mit der Ausführung der nationalen Neorganisation der Provinz wird jedoch die Ruhe und Ordnung als dauernd gesichert betrachtet werden können. — Dem Vernehmen nach soll in den nächsten Tagen die vorläufig gezogene Demarkationslinie, unter Berücksichtigung der bisher eingegangenen

*) Das muß wohl ein Irrthum sein. Wir haben mit dem genannten Herrn nie in irgend einer Verbindung gestanden.

Reklamationen, näher festgestellt, und jenseits derselben zur Wahl polnischer Landräthe geschriften werden. Die Mitglieder der neu zu errichtenden polnischen Regierung sind noch nicht bekannt. — Über Mieroslawski erfahren wir, daß er seines leidenden Zustandes wegen noch nicht gerüchlich hat vernommen werden können. — So eben erfahren wir das Resultat der heutigen Stadtverordneten-Wahlen. Sie sind ungeachtet der eifrigsten Betheiligung der polnischen Bürger überall im deutschen Sinne ausgefallen. (Pos. 3.)

* Der königliche Kommissarius General v. Pfuel in Posen bringt in einer Bekanntmachung vom 30. d. M. die Namen aller derjenigen Einwohner der Provinz zur öffentlichen Kenntniß, welche nach dem Wortlaute aus den Akten des Kriegs-Departements des polnischen National-Komites, als „Organisatoren und Anführer der Insurgenter“ in den verschiedenen Kreisen sich beteiligt, und die Annahmen dieser Stellen durch ihre eigenhändige Unterschrift bescheinigt haben. Der Zweck dieser Bekanntmachung ist, um den Hunderten von Reklamationen auf Erfaß für den durch die Requisitionen und Plünderungen von Seiten der polnischen Insurgenter verursachten Schaden, die dem General täglich zugehen, die Möglichkeit anzubahnen, auf dem Wege der Klage bei den bestehenden Civilgerichten zum Erfaß für die erlittenen Verluste zu gelangen. — In gleicher Weise werden auch binnem Kurzem zu gleichem Zwecke die Namen sämtlicher Mitglieder des polnischen Central-Komites und der Kreis-Komites zur allgemeinen Kenntniß gebracht werden.

** Breslau, 31. Mai. Die neueste Nummer der Gazeta Polska enthält einen Protest der polnischen Urwähler der Stadt Posen an die constituirende Versammlung in Frankfurt a. M. gegen die Einverleibung eines Theiles des Großherzogthumes Posen in den deutschen Bund. Sie sagen darin unter anderm: „Deutsches Volk!.... Suche nicht in fremden, aufs Neue durch Gewalt entrissenen, Ländern Stützen für die deutsche Kraft, die deutsche Würde. Niemals, ja niemals wird Deutschland ein Land der Freiheit sein, wenn es unser Volk, das ihm durch die Geschichts-, die Sprache und seine ganze Nationalität durchaus fremd ist, mit Gewalt den Ländern des deutschen Bundes wird einverleiben wollen.“ Von dem deutschen Comité wird gesagt, daß es keineswegs die Interessen Posens vertreten kann, da es seinem größten Theile nach aus Personen der deutschthümelnden bürokratischen Partei besteht. Eben so wenig konnten die Posener Stadtverordneten über die Einverleibung Posens in den deutschen Bund entscheiden, da sie nicht berechtigt sind ohne specielle Instructionen der Einwohner Posens in einer so wichtigen politischen Frage zu entscheiden, zumal überdies der Magistrat ihrem Beschlusse nicht beigetreten ist. Ohnedies hatte eine bedeutende Majorität der Deputirten des Großherzogthumes Posen bei dem letzten vereinigten Landtage sich gegen die Einverleibung dieses Landestheiles in den deutschen Bund erklärt; und man könnte doch den Beschluß dieser Männer doch nicht so ganz unberücksichtigt lassen.“ — Unterschrieben ist dieser Protest von 3580 polnischen Urwählern der Stadt Posen, wobei zu bemerken ist, daß diejenigen, welche in den Lazaren gewesen, die bei der Landwehr stehenden Urwähler, ferner die, welche im Heere und in fremden Regimentern sind, und endlich die, welche verhindert sind, sich in der Stadt Posen aufzuhalten, an der Unterschrift nicht Theil nehmen konnten.

Halle, 28. Mai. In der heutigen öffentlichen Sitzung des demokratischen Vereins wurden zwei Adressen an die Frankfurter constituirende Versammlung beantragt des Inhalts: 1) Luxemburg und Limburg möchten vollständig in den Deutschen Bund einverleibt werden; Sonderung des luxemburg-limburgischen Truppentheils von dem holländischen; Erhebung der limburgischen Festung Maastricht zur Bundesfestung; Aufhebung der für Luxemburg, auch für Luxemburg bestehenden Verpflichtung, die General-Staaten Hollands zu bestücken. 2) Die constituirende Versammlung solle die Volks-Souveränität erklären und festhalten, und würde der Halle'sche demokratische Verein sie darin nach Kräften unterstützen. Man schlug hierbei vor, sich mit sämtlichen demokratischen Vereinen zu verbinden und gemeinschaftlich zu wirken, allein es wurde bemerkt, daß dies einstweilen noch nicht geschehen könne, da man aus den Zuschriften der Vereine zu Leipzig und Marburg noch gar nicht ersche, was diese eigentlich wollten. (D. A. 3.)

Köln, 26. Mai. Heute sahen wir einen Trupp mit rother Fahne, Gewehren und Säbeln, dem sich auch mehrere weibliche Individuen angeschlossen hatten, trommelnd, pfeifend und mit Hurraufen aus der Stadt ziehen. Ein hagerer, wohlgekleideter Mann, wie man uns versichert, ein Lehrer, schien den Anführer der Horde zu machen. Was die schreienden, tumultuierenden Republikaner wollten, das wußten sie vielleicht selbst nicht, wenn nicht etwa die bloße Absicht damit verknüpft war, den Behörden offen Troß zu bieten. (Elbers. 3.)

Krieg mit Dänemark

= Aus dem Schleswig-Holsteinschen, 30. Mai. Die Convention, nach welcher die deutschen Truppen Jütland räumen und sich bis zur Schley zurückziehen sollen, ist auf Grund einer russischen Note mit Dänemark abgeschlossen worden; für unsere vaterländischen Interessen sind die geschehenen Maßnahmen nicht von der befriedigtesten Bedeutung. Die deutsche Macht bewegt sich bereits südwärts. Wrangel hat schon sein Hauptquartier nach Flensburg verlegt, Halkett das seine nach Gravestein, Prinz Friedrich von Augustenburg das seitige nach Tondern. Die Avantgarde (Hannoveraner) bleibt in Apenrade. Da man hier sehr trüb gestimmt ist über den augenblicklichen Verlauf der auf diplomatischen Wege bereit in Rücksicht gebrachten heiligen deutschen Sache, so ist ein Mitglied der provisorischen Regierung, Graf Neventlow v. Prezow gestern Nachmittag schleunigst nach Berlin geeilt, um beim preußischen Kabinete das Nächste zu erfahren. Um die Souveränität der Herzogthümer Schleswig und Holstein bei der constituirenden Versammlung in Frankfurt zu sichern, ist Beseler dahin abgegangen. Ich kann Ihnen mit Bestimmtheit versichern, daß die Friedenspräliminarien in ihrem Grundsätze eine Theilung des Herzogthums Schleswig nach den Nationalitäten in Aussicht stellen, so daß die nördlich rehende Hälfte Dänemark, die südliche deutsche Deutschland einverleibt werde. Die wahrhaft deutschgesinnten Städte der nördlichen Hälfte: Tondern, Apenrade und Hadersleben sollen — Gott behüte es — Dänemark zufallen. So hätte man sich vergebens gepflegt, verzgebens für die Unzertrennlichkeit und souveräne Stellung der Herzogthümer gekämpft. Die Missstimmung ist hier groß; es muß anders werden, die Zustände müssen eine für uns günstigere Wendung nehmen.*). Die deutschen Schiffe sind bisher noch nicht herausgegeben und die Dänen, nicht allein daß sie ihre alten Positionen auf der Insel Als und den übrigen nordschleswigschen Inseln noch inne haben, haben schon, kaum von den deutschen Truppen verlassen, an mehreren Stellen an der jütischen Küste Landungsversuche — theils wohl ohne Erfolg — gemacht. Wo soll das hinaus?

Hamburg, 29. Mai. Die von England gestellten Bedingungen des Waffenstillstandes sind, sichern Vernehmen nach, Räumung Jütlands und Nordschlesiengs von Seiten der Bundesstruppen (Nordschleswig bleibe jedoch von schleswig-holsteinschen Truppen besetzt). Räumung Alsens von Seiten der Dänen und Herausgabe der genommenen Schiffe mit voller Ladung. Die Bedingungen sind von Preußen ratifiziert, und man erwartet nun die Ratifikation von Dänemark. Erfolgt sie nicht, so rücken die deutschen Truppen wieder vor.

Meldorf, 28. Mai. Die amtliche „Schleswig-Holsteinsche Zeitung“ schreibt in Bezug auf die rückgängige Bewegung der deutschen Truppen Folgendes: Sicherem Vernehmen nach möchte die jetzt eingenommene Stellung eine bleibende sein, jedenfalls wird das Amt Hadersleben von den Bundesstruppen besetzt bleiben, so daß hieraus der beruhigende Schluß gezogen werden darf, daß an keine Trennung der nordschleswigschen Distrikte von Schleswig-Holstein zu denken ist. So viel über den Grund des Zurückzehens der Truppen aus Jütland verlautet, dürfte derselbe in einer Meinungsverschiedenheit liegen, welche bedauerlicher Weise zwischen verschiedenen Kabinetten sich manifestirt hat und welche leider abermals zeigt, wie weit wir noch von dem einheitlichen Auftreten Deutschlands nach Außen entfernt sind. Wie früher scheinen auch jetzt die einzelnen Kabinette jedes für sich die Unterhandlungen geführt zu haben. Es drängt sich hierbei der Wunsch auf, daß sich die National-Versammlung in Frankfurt unserer Sache mit aller Energie annehmen möge, wozu ihr zunächst eine gestern Abend hier durchgekommene nordschleswigsche Deputation die äußere Veranlassung geben wird. Diese Deputation ist bei der ersten Kunde von der rückgängigen Bewegung der Truppen von Hadersleben abgegangen, um die Wahrung der Rechte Nordschlesiengs bei der National-Versammlung zu erstreben. Unsere feste Ueberzeugung, daß der von ihr zu überbringende Wunsch und Wille Nordschlesiengs, keines seiner und des ganzen Landes Rechte aufzugeben, die volle Gewähr finden werde, begleitet sie.

Deutschland

Frankfurt a. M., 29. Mai. Sitzung der konstituierenden National-Versammlung.) In der Sitzung am 27. Mai wurden auf Schaffrath's Antrag die Namen derjenigen Mitglieder der Minorität verlesen, welche dieselben gestern zu Protokoll gegeben hatten. Es sind ihrer 124, zu denen sich heute nachträglich

*) Wir theilen die Entrüstung unseres Korrespondenten über diese Friedensbedingungen, sie wären, wenn sie wirklich angenommen würden, ein Schimpf für ganz Deutschland. Solche Friedensbedingungen nach solchen Siegen! — Und der Sundzoll? Er scheint aus dem Gedächtniß der Diplomaten gänzlich verschwunden zu sein!

noch mehrere gesellten. Unter den heute angezeigten Anträgen befindet sich einer von Radowicz; durch einen Ausschuss von fünf Mitgliedern von dem hiesigen Senat über die zur Sicherstellung der konstituierenden Versammlung gegen Ruhestörungen getroffenen Maßregeln Auskunft zu verlangen, und falls diese ungenügend ausfielen, sich mit den Regierungen der Nachbarstaaten in Benehmen zu sezen. (Geht an die zur Entscheidung über die Priorität der Anträge niedergesetzte Kommission). Ein Antrag von Mareck, die Nationalversammlung solle seierlich erklären, daß Deutschland niemals zur Unterdrückung irgend einer Nationalität die Hand bieten werde und allen Völkerstümern innerhalb des deutschen Bundesgebietes die Aufrechthaltung ihrer Nationalität, ihrer Sprache &c. garantirt, wurde wegen Dringlichkeit (er bezieht sich zunächst auf die böhmischen Wahlen) zur sofortigen Begründung zugelassen. Der Antrag wurde besonders durch die Abgeordneten aus Österreich unterstützt, als wirksames Mittel zur Kräftigung der Unabhängigkeit an Deutschland im Angesicht der Umtriebe der Czechen und der bevorstehenden slavischen Kongresse. Die National-Versammlung beschloß einstimmig; den Antrag an den Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten zur unmittelbaren Berichtigung zu verweisen. Die Tagesordnung führte nun zur Berathung des Raveauschen Antrages. Außer den vier Kommissions-Gutachten sind noch 32 verschiedene Anträge und Amendements gestellt, was den Abgeordneten Brunk zu der Bemerkung veranlaßte: die Versammlung scheine von einem Antragsfieber heimgesucht zu sein, und während seiner 22jährigen parlamentarischen Laufbahn sei ihm niemals eine solche Masse von Anträgen vorgekommen, die alle dasselbe sagten. Die Zahl der eingeschriebenen Redner beläuft sich über 90. Es sprachen der Reihe nach: Raveau, Heckscher, Eisenmann, Schaffrath, von Beckerath, Münch, von Winckel, Werner, Welcker. Hierauf wurde die Sitzung von 3 bis 5 Uhr ausgesetzt. — In der Nachmittags 5 Uhr fortgesetzten Sitzung hat die deutsche National-Versammlung bezüglich des Antrags von Raveau, den Einfluß der Beschlüsse der konstituierenden National-Versammlung auf die Verfassungen der einzelnen deutschen Staaten betreffend (nach Werner's Antrag), mit großer Mehrheit beschlossen: die deutsche National-Versammlung, als das aus dem Willen und den Wahlen der deutschen Nation hervorgegangene Organ zur Begründung der Einheit und politischen Freiheit Deutschlands, erklärt, daß alle Bestimmungen einzelner deutscher Verfassungen, welche mit dem von ihr zu gründenden allgemeinen Verfassungswerke nicht übereinstimmen, nur nach Maßgabe des letzteren als gültig zu betrachten sind, — ihrer bis dahin bestandenen Wirksamkeit unbeschadet. Während der Debatte hatten sich sämtliche Mitglieder der Linken unter einander geeinigt, den Werner'schen Antrag anzunehmen. Hierauf erklärte Schaffrath durch Vermittelung des Präsidenten Namens der Unterzeichner des Sonder-Gutachtens, daß dieselben zur Erzielung einer Verständigung in einer Angelegenheit von so großer Wichtigkeit den Sonder-Antrag zurückzogen. Dieser mit einem Beifallssturm aufgenommenen Erklärung reichte sich diejenige der Mitglieder der Mehrheit des Ausschusses an, daß auch sie im Interesse der Verständigung sich mit dem Werner'schen Antrage vereinigten. Der hierauf zuerst zur Abstimmung gebrachte Antrag auf motivirte Tagesordnung fiel; der Werner'sche Antrag wurde unter dem größten Jubel der Versammlung und der Gallerien als Beschuß der Versammlung vom Präsidenten verkündigt. (Frk. Bl.)

Nachstehend geben wir die jüngst erwähnte Vollmacht der ungarischen Abgesandten bei der deutschen Nationalversammlung: Ich Stephan Franz Victor kaiserlich königlicher Prinz und Erzherzog von Österreich, Palatin und königl. Statthalter von Ungarn und das gesammte ungarische Ministerium haben die Herren Dionis Pozmandy den jüngern und Ladislaus Szalay beauftragt, sich in Betreff dessen, daß die Verhältnisse Deutschlands zu Österreich, mit welch' letzterem Ungarn im Sinne der pragmatischen Sanction enge verbunden ist, durch das im Laufe des Monats Mai 1848 zu Frankfurt a. M. zu eröffnende deutsche Parlament auf einer neuen und constitutionellen Basis geregelt werden sollen, — mit dem ungarischen Minister in Wien, Fürsten Esterhazy, und durch ihn auch mit dem österreichischen Ministerium, über alle obigen Verhältnisse, inwiefern sie Ungarn berühren, zu besprechen; hierauf sich nach Frankfurt zu begeben, und dort über die Erhaltung und Kräftigung der zwischen den ungarischen und deutschen Staaten obwaltenden freundschaftlichen Verhältnisse, deren Fortbestand wir innig wünschen, sowohl in politischer als kommerzieller Beziehung, im Interesse der gegenseitigen Selbstständigkeit, Freiheit und des materiellen Wohlstandes beider Nationen zu wachen, und was zur Erreichung des obigen Zweckes dienlich und förderlich ist, einzuleiten und zu fördern, — Ösen, am 14. Mai 1848. — (L. S.) Fr. Stephan, Palatin, königl. Statthalter, mp. Ludwig Batthyany mp.

Löwenstein und Pelz haben noch ihren Aufenthalt, man könnte fast sagen, ihr Hauptquartier in dem

kurhessischen Städtchen Bockenheim; etwa 4 bis 500 Handwerksgesellen, meistens Schuster und Schneider, haben geglaubt, sich dem Geschick dieser beiden Herren freiwillig anschließen zu sollen; sie haben freiwillig, d. h. nicht von der Behörde genötigt, Frankfurt und ihre Arbeit verlassen und sich nach Bockenheim begeben; sie sollen jenen beiden Herren die Versicherung ertheilt haben, sie würden nicht eher zur Arbeit zurückkehren, als bis die Frankfurter Ausweisungsmaßnahme geregelt sei. Am 25ten Vormittags zog diese „Kolonne“ vier Mann hoch, von Bockenheim nach Frankfurt; es handelte sich um die Ueberbringung einer Sturmpetition zu Händen der konstituierenden Versammlung; unterwegs wurde aber der Kolonne begreiflich gemacht, daß ihr ein Vorrücken in Masse vor das Parlamentshaus schwerlich gestattet werden würde; sie hielt es deshalb doch für gerathener, noch in einer ziemlich bedeutenden Entfernung von dem Parlamentshause Halt zu machen und eine Deputation von vier Mitgliedern mit der Ueberreichung der Petition zu trauen; die „Führer“ müssen diesen Leuten seltsame Begriffe beigebracht haben; die Deputation begehrte, als sie an den Pforten des Parlamentshauses (um halb 12 Uhr Vormittags) anlangte, zugelassen zu werden, um die Petition in Person in der Versammlung zu überreichen; nachdem von den Pförtnern die Abgeordneten der Kolonne bedeutet worden waren, daß dies in einem Falle gestattet sei, wünschten sie Hrn. Biss, den Abgeordneten von Mainz, zu sprechen; Hr. Biss beeilte sich, sich an die Pforte zu begeben und aus ihren Händen die Petition entgegenzunehmen, mit dem Versprechen, dieselbe befürworten zu wollen. Die Abgeordneten zogen sich hierauf zu ihrer Colonne zurück und diese nach Bockenheim, wo sie noch ist. (D. A. Z.)

Aus Rheinhessen, 26. Mai. Der Kriegszustand, in welchen Mainz auf einige Tage versetzt war, namentlich aber das der Stadt angedrohte Bombardement, scheint für unsere Staatsregierung empfindliche Folgen haben zu sollen. Wir hören nämlich, daß man in Mainz, und zwar in den verschiedensten Kreisen, sehr ernstlich damit umgehe, auf so lange alle Steuern zu verweigern, bis die Staatsregierung dafür eine hinlängliche Garantie geboten habe, daß sie im Stande sei, ihre Bürger mitten im Frieden vor Militärmahrschlägen zu schützen. (F. J.)

Dresden, 29. Mai. Gestern Abend ist unsere Stadt der Schuplatz einiger unruhigen Auftritte gewesen, die jedoch nicht über den Charakter eines gewöhnlichen Strafenkrawalls hinausgegangen sind. Die Inhaftierung eines fechtenden Handwerksburschen in der Neustadt war die Veranlassung dazu; dieselbe würde ohne jegliche Folge geblieben sein, hätte nicht der von dem Handwerksburschen um eine Gabe Angesprochene sich in einer Art für dessen Freilassung verwendet, die zugleich seine eigene Verhaftung herbeiführte. Als die Verhafteten nach dem Polizeihause gebracht waren, sammelte sich vor demselben sofort eine deren Freilassung fordernde Menschenmenge, die, größtentheils aus Neugierigen bestehend, doch bald zu einer der Polizei bedrohlich erscheinenden Stärke anwuchs, so daß nach 10 Uhr die Kommunalgarde durch Generalmarsch zusammengerufen wurde. Das Erscheinen derselben genügte, um die auf dem Altmarkt und der Scheffelgasse tobende Menge zur Ruhe zu bringen, und um 11 Uhr herrschte, ohne daß es des ernstlichen Einstreitens der Kommunalgarde bedurfte, vollkommene Ruhe.

(Leipz. Bl.)

Hannover, 27. Mai. Nach unserm Verfassungsentwurf sollen in der ersten Kammer 27 Abgeordnete der Grundbesitzer sitzen, welche mindestens 300 Thlr. Grundsteuer jährlich zahlen; sie werden von diesen großen Grundbesitzern gewählt und zwar auf 6 Jahre. Die erblichen Vorrechte fallen weg. Die Kirche und Schule stellt 10 Abgeordnete, der König 4, von denen wenigstens 2 Minister sein müssen. Die Mitglieder der ersten Kammer müssen mindestens 26 Jahr alt sein. Mit entschiedener Mehrheit wurde von der zweiten Kammer beschlossen, daß alljährlich Landtage stattfinden sollen und das Militärstrafgesetz die Zustimmung der Stände erhalten müsse.

Die zweite Kammer hat einen Antrag Hantelmann's auf unbedingte Gleichstellung aller Kulte angenommen, obwohl alle drei Minister sich dagegen erklärten.

Oesterreich.

Wien, 28. Mai, Morgens. Die Stadt gewinnt wieder ihr freundliches Aussehen. Ueberall geregelter Verkehr und Heiterkeit auf den Gesichtern! Bereits sind einige Barrikaden gänzlich abgetragen, die noch vorhandenen derartig geöffnet, daß Fußläufer und selbst Wagen sie wieder passieren können. Die Arbeiter haben größtentheils die innere Stadt wieder verlassen, und nur ein Theil derselben wird zur Herstellung des Pflasters in den Straßen verwendet. Sie werden alle für den durch die Ereignisse erlittenen Verlust des zweitägigen Tagelohnes entschädigt, und überdies ist ihnen für ihr wackeres Benehmen eine besondere Belohnung versprochen. Es war wirklich herzerhebend, zu sehen, wie sie auf die von den Studirenden und Bürgern ihnen gegebenen Versicherungen, daß man das habe, was man

wolle, ihre höhere innere Freude darüber ausdrückten, und mit eben demselben Fleiße die Vollwerke abzutragen sich bemühten, mit welchem sie sie errichteten. Um den Besorgnissen der Stadt vor einer Ueberumpelung einerseits, wie andererseits den nachtheiligen Folgen einer nun eintretenden Brotlösigkeit der Arbeiterklasse zu begreifen, werden vor den Thoren der inneren Stadt und auf den Basteien besondere Verschanzungen aufgeführt werden, bei denen Läuse von Händen beschäftigt finden sollen. 6 Batterien, zum Theil Kaiserliche, sind zur Vertheidigung derselben bestimmt. Oberst Pannasch, hören wir, ist zum Ober-Kommandanten der Nationalgarde ernannt worden. (Oester. Z.)

Z Wien, 29. Mai. Die bündigen Zusicherungen des Ministeriums haben endlich die Ruhe zurückgeführt. Gestern Nachts und im Laufe des 28. wurde ein Theil der Barrikaden weggeschafft, und den ganzen Sonntag hindurch waren die Arbeitsleute damit beschäftigt, das Pflaster herzustellen, was indes nur in einen provisorischen Zustand versetzt werden konnte, um nur die Kommunikation für Fuhrwerke wieder herzustellen, was besonders bei etwaigen Feuersbrünsten von Wichtigkeit wäre. Ein großer Theil der Barrikaden, nämlich im Stubenviertel, wo die Universität liegt, ist noch immer vorhanden, und soll erst dann verschwinden, wenn der Kaiser wieder hier angelangt ist, oder ein Stellvertreter des Monarchen ernannt sein wird. Die Minister haben plötzlich wieder die Kaiserliche Proklamation vom 16. Mai, worin die Zugeständnisse vom 15. Mai bestätigt werden, an allen Straßenecken anschlagen lassen, und zwar neben dem Manifest aus Innsbruck, womit sie den Eindruck des lebtern paralysiren und die Unverträglichkeit beider Erlasse ins Licht stellen wollen. Ueber die Motive der Vorgänge am 26. Mai herrscht bereits volles Licht, und wird das öffentliche Volksgericht, das über die Urheber der reactionären Demonstration sein Urteil fällen soll, das ränkevolle Gewebe dieses unheilvollen Tages noch offener an den Tag zu legen wissen. Daß die Aristothenen schon am 25ten von dem Vorhaben vollkommen unterrichtet gewesen, erhellt schon daraus, weil sie in der Nacht vom 25. auf den 26. Mai die Stadt in aller Eile verließen, um nicht Zeuge der blutigen Ereignisse zu sein. Graf Montecuccoli hatte durch den Grafen Hoyos vom Hoflager zu Innsbruck die Ernennung zum Minister erhalten, um den Kern eines reactionären Ministeriums zu bilden, das an die Stelle des jetzigen zu treten bestimmt war. Um nun diesen Schritt wagen zu können und die neuen Minister zu proklamieren, wollte man vorerst die akademische Legion auflösen und entwaffnen, dann wäre man zu einer Purifikation der Nationalgarde geschritten, die durch Entfernung aller jener Mitglieder, welche am 15. Mai bei der Sturmpetition mitgewirkt haben, zu einer schwärzgelben Cohorte herabgesunken sein würde, von der kein Widerstand zu erwarten war. Allein der Plan scheiterte gleich von vorn herein, und statt der Auflösung der Legion erhob sich im Nu ein bewaffnetes Arbeiterheer und zahllose Barrikaden wuchsen aus dem Boden. — Gestern Abends kam es in Wiener Neustadt zu einem Zusammenstoß zwischen Militär und Arbeitern wegen der leichten Waare eines Bäckerladens. Da sich die Nationalgarde passiv verhielt, so ließ der Major des Bataillons Feuer geben, und obwohl die Soldaten meistens hoch anstiegen, so fielen dennoch mehrere Personen.

** Z Wien, 29. Mai. Saturn wird bald von seinen Kindern gefressen sein, so meinte gestern ein Diplomat, als er den Minister-Präsidenten Pillersdorff bei seiner Abreise von einer Schaar Studenten und Nationalgarden begleitet erblickte. Er kehrte bald leichenbläß in seine Wohnung zurück, allwo er Sicherheits- und Studentenwache hat. Der Kriegsminister Graf Latour und der bisherige kommandirende General Graf Auersperg haben beide das Gebäude des Kriegsministeriums und das Generalkommando verlassen und ihr Hauptquartier in der Ulser-Kaserne aufgeschlagen. Graf Latour unterzeichnet keine gemeinschaftlichen Befehle mit Pillersdorff mehr, und erwartet nur den ersten Courrier aus Innsbruck, um mit der ganzen Garnison aufzubrechen und die Kaiserstadt ihrem Schicksale zu überlassen. Die übrigen Minister geben kein Lebenszeichen mehr, und eine gestern Abend erschienene Kundmachung besagt blos, daß die Sicherheitsbehörde die nötige Vollmacht habe, Ordnung und Ruhe aufrecht zu erhalten. Auf der andern Seite ist die Nationalgarde seit 3 Tagen ohne Oberkommando, indem Hoyos gefangen sitzt und Graf Auersperg nicht mehr amtiert. Der bekannte Redakteur der „Konstitution“ Häfner und sein Kollege Tuwera sind aus dem Kerker geholt, und im Triumph auf die Aula gebracht worden. Inmitten dieses spannenden Zustandes sieht man auf den Straßen nichts als fröhliche Gesichter der Nationalgarden und Studenten, welche mit den Arbeitern fraternisieren. — Das hiesige Corps diplomatique hat sich einer Einladung des Kaisers zufolge größtentheils

(Fortsetzung in der Beilage.)

Erste Beilage zu № 127 der Breslauer Zeitung.

Donnerstag den 1. Juni 1848.

(Fortsetzung.)

auf den Weg nach Innsbruck gemacht. Mit Ausnahme eines Einzigen, der angehalten aber wieder entlassen wurde, hat man es ganz ruhig abziehen lassen. — Gestern Abend traf ein hierher beordnetes Jäger-Bataillon auf der Eisenbahn in Lundenburg ein, dort fand es den Befehl in Folge der diesigen Ereignisse nach Brünn zurückzuhren. Allein die Soldaten kamen hierüber in Aufschreit, und erklärten, vor den Feind nach Italien geführt zu werden, widrigfalls aber die Eisenbahn und den Bahnhof bei Lundenburg zu zerstören. Man musste es gewähren lassen, und so warten sie auf weitere Ordre im Marchfeld.^{*)} Die nämlichen Symptome der Auflösung zeigten sich auch bei den Truppen der diesigen Garnison, die übrigens marschfertig ist. Der gestrige und heutige Tag verging in Erwartung der Dinge, die da kommen werden und müssen.

Die Geschäfte gehen wieder ihren früheren Gang. Die Straßen waren bereits gestern wieder so hergestellt, daß Wagen ungehindert fahren konnten. Stände nicht noch hier und da eine Barricade, so hätte man von dem 26. Mai mehr keine äußere Spur. Die Arbeiter, für die an einzelnen Plätzen der Stadt unter Aufsicht eines Studirenden oder Nationalgardisten Sammelschalen aufgestellt waren, wurde heute Beschäftigung angewiesen. Ueber deren Biederkeit und Redlichkeit herrscht in der ganzen Stadt nur eine Stimme. Es gäbe ein herrliches, vielleicht sehr nützliches Büchlein ab, jene wunderschönen, von vertrauenswürdigen Augenzeugen verbürgten Züge derselben zusammenzustellen. Die Wahlen für die von dem Ministerium bestätigten Sicherheitsausschüsse gehen heute vor sich. Zum Oberkommandanten der akademischen Legion soll Hauptmann Möring vom Geniecorps, Verfasser der „statistischen Bücher Österreichs“ ernannt worden sein. Außer den Wiener Studirenden sehn wir hier jetzt auch Orlmúzer, die Samstag gegen Mitternacht hier angekommen, weil si eben die zwei stürmischen Tage hindurch keine Nachricht aus Wien erhalten. Dass sie mit dem stürmischsten Jubel auf der Aula empfangen wurden, läßt sich denken. Auch die Gräzer Studirenden fanden sich; jedoch schoa früher in starker Vertretung hier ein. Die Universität, deren Hallen von Groß und Klein jetzt besucht sind, hat ein sehr düsteres Aussehen. Die Säle sind leer und ihre Wände mit Kohleninschriften und Porträts gewisser Personen, auf die neuesten Ereignisse Bezug habend, bedeckt. — Unter die Begebenheiten wichtiger politischer Bedeutung hätten wir hervorzuheben, daß sich mehrere Gesandte fremder Staaten in das Hoflager des Kaisers nach Innsbruck begeben haben. Auch die Abreise des Baron Wessenberg dahin, der, bevor er das Portefeuille des Auswärtigen übernimmt, Sr. Majestät noch aufzuwarten will, wird uns gemeldet. Auch der Umstand, daß die k. k. preislegirte Wiener Zeitung, unter dem schlichten Titel „Wiener Zeitung erscheint“ dünkt uns unter diese Klasse der Neugkeiten zu gehören. Reisende aus Brünn und Prag kommend, berichten, daß sie auf ihre absichtlichen Erkundigungen nirgends von einem Zusammenziehen der Truppen in dieser Gegend was vernommen hätten. Die Direktionen selbst haben auch verboten, solche jetzt hierher durch die Eisenbahn zu befördern. Der andere Verkehr auf derselben ist nicht im mindesten unterbrochen. (Desterr. 3.)

Die heutige Wiener Ztg. enthält ein Programm des Ministerates (von Pillersdorf unterzeichnet.) Dasselbe schließt mit folgenden Erklärungen: Nur Vertrauen kann eine starke Regierung gründen, und nur eine solche kann die Interessen des Landes kräftig vertreten. An dieses Vertrauen stellen die Minister daher, so lange die ihnen anvertrauten Aemter in ihren Händen ruhen, gerechte Ansprüche. Sie erklären dabei: a) an allen Freiheiten der Verfassung vom 25. April festzuhalten, — b) keinem der späteren Zugeständnisse die volle Anerkennung zu versagen, — c) die Anarchie oder Störung der Ordnung eben so wie jeder Revolution mutig entgegen zu treten, und in dem Aufkommen von jedem dieser Uebel das Erlöschen ihrer Amtswirksamkeit zu erkennen, — d) den Reichstag allein als befugt und berufen anzusehen, um organische Anordnungen oder Geseze in das Leben zu rufen, — e) die Beschleunigung derselben nach allen Kräften und durch Festigung der Ruhe und Ordnung in der Residenz zu befördern, — f) bis zu demselben ein festes Band der Eintracht zwischen den einzelnen Theilen der Monarchie zu erhalten, — g) alle Einsichten zu benützen, welche in der Residenz, oder in den Provinzen Materialien und Vorbereitungen für denselben zu sammeln geneigt sind, — h) insbesondere die Körperschaften und Gemeinden durch ihre legalen Ver-

treter aufzufordern, ihnen dabei durch Vorschläge, Andeutungen und Aufklärungen redlich beizustehen, — i) den Maßregeln, um Ordnung in dem Staatshaushalte, Vertrauen in die Erfüllung der Verpflichtungen des Staates, Sicherheit in dem Gewerbe, und Verbesserung der Lage der unbemittelten Klassen zu begründen, ihre besondere Sorgfalt zuzuwenden, — k) endlich Alles aufzubieten, um die ersehnte Rückkehr des Monarchen in seine Residenz zu beschleunigen, und jede Bürgschaft für die Sicherheit des erlauchten Hauses herzustellen, zu dessen schönsten Vorzügen es gehört, jedem Staatsbürger Sicherheit und Recht zu gewähren. — Haben die Minister ihre Aufgabe in diesen Grundlinien richtig ausgeführt und redlich verfolgt, dann werden alle guten Bürger sie in diesem schönen Unternehmen getreulich unterstützen; fehlt ihnen dagegen dabei die Mitwirkung ihrer Mitbürger, oder werden ihre Kräfte darin gelähmt, dann wird es ihre heiligste Pflicht sein, ihre Unvermögen auszusprechen, ein Werk fortzuführen, zu welchen ihnen die unerlässlichen Mittel entzogen sind.“

SS Pesth, 27. Mai. Unsere Regierung hat einige Kerze nach Braila und Galatz gesendet, um dort die Fortschritte der Cholera zu beobachten. Es scheint aber auch eine politische Beobachtung damit verbunden zu sein. — Die österreichischen Banknoten werden hier nicht mehr angenommen. Auch die öffentlichen Kassen wechseln nur einzelne Stücke, indem sie jetzt bei der getrennten ungarischen Finanzverwaltung nicht verpflichtet sind, diese Banknoten einzulösen. Es werden auch hier nächstens eigene ungarische Bankscheine ausgegeben werden, um die österreichischen Banknoten gänzlich vom ungarischen Geldmarkte zu verdrängen. Wenn die Wiener Blätter ihre Leser damit trösten, daß das ungarische Ministerium dem bevorstehenden Landtage eine Rekrutenaushebung von 60,000 Mann und die Übernahme eines Theiles der österreichischen Staatschuld vorschlagen und solchen Vorschlag zu einer Cabinetsfrage machen werde, so kann ich Ihnen aus sicherer Quelle die Versicherung geben, daß kein wahres Wort daran ist. Der Missbrauch, welchen die Wiener Regierung von dem ungarischen Militär und der dem König unter Verantwortlichkeit des ungarischen Ministers in Wien zugestandenen Verfügung über dasselbe macht, haben die Absicht gereift, das Rekrutewesen gänzlich abzuschaffen, um so der Wiener Regierung indirekt jedes Mittel zu bemeinden, über die ungarischen Streitkräfte zu schalten. Das ungarische Militär soll nämlich in Zukunft meist in Freiwilligencorps und mobilen Nationalgarden bestehen, deren Verwendung nur dem ungarischen Ministerium zusteht. Ungarn wünscht aufrichtig den Anschluß an Deutschland und den engen Verband mit Österreich, wenn aber die Wiener glauben, daß Ungarn dafür einen jährlichen Tribut von 10 Millionen Gulden C. M. entrichten werde, so sind sie gewaltig im Irrthume.

SS Pesth, 28. Mai. Die neueste Wiener Revolution hat hier allgemein die größte Freude erregt. Man hofft endlich, daß die reaktionäre und jesuitische Hospateli zu Boden geschlagen oder zum Kampf auf Tod und Leben herausgefordert sei. Unser Ministerium hat sogleich einen Courier nach Innsbruck gesendet, um den König abermals zur baldigen Rückkehr nach Wien oder zur Heireise aufzufordern. Sollte aber dies nicht gelingen, so soll wenigstens der Erzherzog Stephan so bald als möglich zurückkehren. Man hofft jetzt die Besorgniß, daß die Reaktionspartei den edlen Erzherzog Palatin von der Rückreise abhalten könnte, um ihre Intrigen auch gegen Ungarn besser spielen lassen zu können. Man wird sich aber hier in jedem Falle zu helfen wissen. — Der Ban von Croatiens hat nunmehr förmlich dem ungarischen Ministerium den Krieg erklärt. Die aufständischen Raizen im Banat haben den Ban und die Czechen in Prag um Hilfe angerufen. Der ungarische Kriegsminister Generalmajor Mészáros beschäftigt sich sehr eifrig mit den Kriegsrüstungen. Unsere offene Stadt Pesth soll mit einer 2 Klaftern hohen Ringmauer umgeben werden. Auch wird ein großer Stadtgraben bereit in Kostenanschlag gebracht.

Bon der Weichsel, 26. Mai. Wir erhalten so eben die verbürgte Nachricht, wie bewaffnete Insurgenten aus Posen sich durch den Wadowicer und Teschner Kreis in die nördlich von Slaven bewohnten Komitate nach Ungarn begeben wollen, wo ihnen die beste Aufnahme zugesagt worden ist. Ueber in diesen Komitaten getroffene Besprechungen und Vorehrungen läßt sich auch nicht im Geringsten zweifeln, daß die slavische Bevölkerung derselbst gesonnen ist, mit den eingedrungenen Insurgenten einen Zug zur Befreiung Krakau's, wie gesagt wird, zu unternehmen. Damit nun diese bewaffneten Insurgenten ihr Vorhaben nicht auszuführen im Stande wären, ist die preußische Grenze entlang des Teschner Kreises bis in den Wadowicer Kreis

durch verstärkte Posten der Finanzwache und Militair durch das k. k. Infanterieregiment Erzherzog Stephan, besonders bei den Einbruchsstationen Djiedis und Kaznow stark besetzt worden. Auch bleibt dieselbs das aus Galizien im Marsch begriffene Jäger-Regiment Nassau im Teschner Kreise stehen. — Aus allen Kreisen geben die bestimmtesten Nachrichten dahier e. n., daß niegends die geringsten Sympathien für die Böhmen, die sich nie um die Lage und Verhältnisse der Polen gekümmert, nie eine Theilnahme für sie bezeugten, vor kommen. (Desterr. 3.)

(Kriegsschauplatz.) Einem uns so eben zugekommenen Schreiben eines Offiziers entlehnen wir Folgendes: Verona, 23. Mai. Gestern fand die Vereinigung der 18,000 Mann des FML Thurn (Nugents Corps) und Radetzky bei S. Bonifacio statt. Gegen Peschiera zu hört man Tag und Nacht Kanonenfeuer. FML Graf Thurn war hier zu Verona. Gestern Abends schickte man zwei Batterien gegen Vicenza. Wir sind am Vorabende großer Ereignisse. Bei Chievo wird von unsern Piornieren eine Brücke geschlagen. Das zweite Bataillon Kaiser Jäger liegt in Verona bei Porta Peschiera unter Belten; Erzherzog Franz Carl Infanterie in Croce bianca und S. Massimo. — Gestern Abends war ich im Garnisons-spal. Nur mit Gewalt unterdrückte ich meine Thränen. Ein Zimmer enthält 30 Blessirte, lauter schöne junge Leute; jedem fehlte entweder ein Fuß oder ein Arm. Einen rührenden Anblick machte auf mich ein Grenadier von Erzherzog Siegmund Infanterie, dessen Schwester, eine junge hübsche Bäuerin, mit zarter Sorgfalt eben den abgeschossenen Arm des Bruders verband. Auch ein junger Krieger vom zehnten Jägerbataillon aus Ischl erzählte mir, indem er auf seinen abgeschossenen Arm deutete, „ich mach mir nichts daraus, denn auch ich habe wenigstens sechs Piemonter todgeschossen. Als ich getroffen ward, hatte ich nur noch 3 Patronen.“ Dies sprach er mit freuden-trunkenem Blick in seiner gemütlichen oberösterreichischen Mundart, und sein Auge glänzte dabei. — Unsere Soldaten sind lauter Helden. In einem Zimmer liegen 40 Piemontes und Savoyarden, lauter schöne Leute, aber alle amputirt. Auch zu ihnen sprach ich Worte des Trostes. — Nur ein Wunsch lebt hier vom Marschall bis zum Gemeinen und dieser ist Truppen. Obwohl die Vereinigung bereits erfolgt ist, so bedarf man doch zum kräftigen Vorrücke noch weitere Verstärkung. Der Geist ist hier der Beste. — Vor allem will man Peschiera entsehn. (Desterr. 3.)

Triest, 25. Mai. Heute gegen 1½ Uhr nach Mitternacht wurde von der Fregatte „Bellona“ auf unserer Riede das Alarmsignal gegeben, indem das kombinierte italienische Geschwader von 6 großen Dampfern und 14 anderen Kriegsschiffen sich unter Segel und in Bewegung setzte. Sämtliche Nationalgarden und das Militär waren in kürzester Zeit auf ihren Plätzen bereit, den Kampf mit dem Feinde einzugehen. — Bei Tagesanbruch bemerkte man jedoch erst, daß das ganze Geschwader eine Richtung nach Außen genommen, und die des Morgens stets eintretende Landbrieze benutzte, mit welcher es sich schon 8 bis 9 Seemeilen von hier entfernt hatte. Um 11 Uhr Vormittags war der Feind ganz aus dem Gesichte entschwunden. — In den ersten Morgenstunden eilten viele auf die Höhe von St. Andrä, um das Schauspiel dieses wohlgeriegelten Abzuges mit eigenen Augen zu genießen; sämtliche Segelschiffe, die Fregatten à la queue bildeten eine Kolonne, welche von 6 Dampfsbooten flankirt und mit einer Nachhut versehen war. Der wohlthuende Anblick ward durch einen herrlichen Morgen, welcher sich über Land und Meer ergoss, noch verschönert. Die unserer Stadt drohende Gefahr darf nun als völlig beseitigt angesehen werden. — Um 12 Uhr wurde die Flotte auf der Höhe von Salvore gesehen, von wo sie die Richtung nach Venetia nahm. — Heute Nachmittags um 4 Uhr hat das französische Kriegsdampfschiff „Asmodée“, befehligt vom Linien-schiffskapitän Ricandy, mit 252 Mann, in 9 Stunden von Venetia kommend, auf unserer Riede die Ankcer geworfen. (Lloyd.)

Die hier residirenden Konsuln der fremden Mächte haben unterm 24. Mai bei dem sardinischen Kontre-admiral Albini Protest eingelegt wider jedes feindliche Einfrieren gegen die Stadt. Die Konsuln der deutschen Bundesstaaten aber haben außerdem erklärt, daß jeder Angriff auf Triest, als eine zum deutschen Bund gehörende Stadt, ein Angriff gegen den deutschen Bund sei. — Der Gouverneur des Küstenlandes, Altgraf Salm, hat hierauf ein Dankschreiben an die erwähnten Konsuln erlassen.

Triest, 27. Mai. So eben kehrt die feindliche Flotte, aber jetzt nur 18 Segel stark, in unsere Bucht zurück. (Desterr. 3.)

) Die Wiener Blätter machen bereits bekannt, daß diese Truppen nicht nach Wien kommen würden. Ein Theil derselben sei nach Italien bestimmt. Red.

Die „Mailänder Zeitung“ veröffentlicht eine Adresse an das provisorische Parlament in Frankfurt, in welcher das Ansuchen gestellt wird, das Parlament möge sich der italienischen Sache annehmen; es möge Österreich dahin zu bewegen trachten, daß es die Unabhängigkeit der italienischen Provinzen anerkenne und sich zufriedenstelle, dem deutschen Reiche die zum deutschen Bunde gehörigen Länder bis an das adriatische Meer, wie es jetzt besteht, zu erhalten.

Italien.

Neapel, 17. Mai. Seit gestern früh ist die Ruhe nicht weiter gesört worden, das heißt: es ist nirgends mehr zu irgend einem Zusammenstoß zwischen Truppen und Bürgern gekommen; nach dem unstilligen Ausbruch vom Montag mögen auch die Blinden und Wilden geheilt sein. Den jammervollen Zustand der Straße Toledo zu beschreiben, geht über mein Vermögen; es wird lange brauchen, bis die Spuren der allgemeinen Verheerung verschwunden sind. Noch weiß man nicht, wie groß die Anzahl der Opfer ist, welche in diesem unsianigen Straßenkampf fielen; die Verhafteten und Gefangenen waren gestern mehr als 600, auf einigen Schiffen vertheilt. Endlich giebt die Regierung ein Zeichen in einer Proklamation (welche in der gestr. Bresl. Ztg. vollständig mitgetheilt ist) von sich. Noch ist der Verkehr unter den besseren Klassen der Gesellschaft nicht hergestellt, Wenige wagen auszugehen, aus Furcht vor dem Pöbel, dem Toledo's Ausplündern nicht genügt. Die Truppen werden zum großen Theil in die Umgegend geschickt, weil man große Massen Provinzialen im Anzug glaubt. Die ganze französische Flotte liegt vor dem Hafen; es sind 10—12 Schiff. Franzosen dirigirten theilweise die Barrikaden. (Schw. M.)

Das in Livorno am 20. Mai angelommene französische Postschiff (wann von Neapel abgegangen, wird nicht gesagt) meldete, daß im Augenblicke seiner Abreise aus Neapel Generalmarsch geschlagen ward, und der Kampf von Neuem begonnen hatte. Viele tausend Aufständische, unter denen die von Romeo geführten Kalabrenen, rückten in Eilmärschen gegen die Hauptstadt.

Genua, 21. Mai. Der aus Neapel angelangte englische Dampfer bringt die Nachricht, daß 40,000 Kalabrenen gegen Neapel marschieren, und daß die Civica bei dem Abgange des Bootes wieder unter die Waffen gerufen sei.

Frankreich.

Paris, 27. Mai.* Man befürchtet Unruhen seitens der Arbeiter, die bisher in den National-Werkstätten beschäftigt waren, und die man jetzt in die Provinzen wegsenden will, damit sie dort möglichst vertheilt zu nützlichen Arbeiten verwendet werden. Man spricht sogar davon, daß auf den 12. Juni eine Demonstration dieser Arbeitermasse stattfinden soll. — Die Polizei-Präfektur macht offiziell bekannt, daß Blanqui gestern Abend um 6 Uhr in der Monthononstraße Nr. 14 festgenommen worden sei. — Die Verfassungskommission soll sich für einen einzigen Präsidenten ausgesprochen haben, welcher durch direktes allgemeines Wahlrecht aller Gemeinden auf 3 Jahre erwählt werden sollte. Nur eine legislative Kammer soll es ferner geben; allein ein Staatsrat soll ganz oder theilweise wählbar sein. Dieser hätte auch die Aufgabe, alle Gesetzmäßigkeiten auszuarbeiten. Fünfzehn Repräsentanten haben den Antrag gestellt, daß das noch nicht aufgehobene Verbannungs-Dekret der Familie Bonaparte förmlich aufgehoben werden solle. — Gestern Abend hat der Barbès-Klub wieder seine Sitzungen begonnen. Bürger Lamirassens ist zum Vicepräsidenten erwählt worden. Obgleich Barbès gefangen sitzt, bleibt er Präsident. — In Folge der neuesten Nachrichten von Neapel hieß die Exekutiv-Kommission eine Berathung, in deren Folge ein außerordentlicher Kurier mit Instruktionen an Admiral Baudin abgegangen. Man sagt, daß Baudin eine Summe von 800,000 Frs. als Entschädigung für die von Franzosen dort erlittenen Verluste verlangt habe. Über Livorno gehen die nächsten Nachrichten von Neapel bis zum 18. Mai. Man erwartete dort die Kalabrenen, die im Anmarsche waren. Mehr als 3000 Personen sollen auf französischen Schiffen Zuflucht gefunden haben. Der König hat die Trikolore wiederr aufzustellen lassen. In ganz Italien hat die Nachricht von den Vorfällen zu Neapel die urchbarste Aufregung gegen den König hervorgerufen. (Aach. Z.)

Lokales und Provinzielles.

Breslau, 31. Mai. (Kreuzzug gegen die Breslauer Demokraten.) Ein uns gütigst mitgetheiltes Privatschreiben aus Oberschlesien meldet: daß sich in den dortigen Hütten-Distrikten gegen 8000 wehrhafte Männer verbunden haben, um gegen Breslau zu ziehen und die hiesigen Demokraten, als die alleinigen Urheber des jetzigen Notstandes,

von der Erde zu vertilgen. — Leider werden die guten Oberschlesiener zu spät kommen, denn bereits sind unsere Demokraten durch die patriotischen Blize und Donnerkriege, welche in den Insraten von den kriegerischen Schlesiern auf sie geschleudert wurden, vollständig vernichtet.

Wollbericht.

■ Breslau, 31. Mai. Wir haben heute über die Resultate des gestrigen Tages, an welchem die beiden Vorwollmärkte zu Schweidnitz und Liegnitz begannen, zu berichten. Nach Schweidnitz sind ca. 4000 Ztnr., theils zweischräge Bauern- und Scholtiseien-, theils einschräge Dominial-Wolle gebracht worden. Wäsche und Behandlung waren im Durchschnitt ganz ohne Lade; dagegen hatte die Schur gegen voriges Jahr, so weit bis jetzt unsere Beobachtungen reichen, ein Minus von 6 bis 8 p.c. ergeben.

Von obigem Quantum sind gestern im Ganzen nur ungefähr 400 Ztnr. verkauft worden, und zwar die zweischräge Bauern- und Scholtisei-Wollen mit einem durchschnittlichen Rückschlag gegen die vorjährigen Preise von 20 bis 23 Rt. pro Ztar.; bei den einschrägen Dominial-Wollen stellte sich aber die Reduktion von 25 bis 30 Rt. pro Ztnr. Die bewilligten Preise für die erstgenannten Gattungen waren von 34 bis 42 Rt. pro Ztnr. und die der leitgenannten von 46 bis 56 Rt.; ausnahmsweise wurde eine Schäferei bis 61 Rt. bezahlt.

Das Verhältniß gegen voriges Jahr stellte sich bei mehreren uns bekannten Schäfereien, und welche wir nur beispielweise hier aufführen wollen, wie folgt: Im vorigen Jahre 71 Rt. heute 46 Rt. 81 — 61 Rt. 80 $\frac{1}{4}$ — 49 Rt. 70 — 45 Rt. u. s. w. Nach einer Bekanntmachung soll der Markt in Schweidnitz auch noch am 2. Juni abgehalten werden; wenn aber nicht mehr Käufer sich einfinden sollten, und wir müssen daran zweifeln, so kann auch diese Verlängerung keine Besserung bringen. Die bis jetzt baselbst thätigen Käufer waren nur einige Breslauer Wollhändler und ein Fabrikant aus Görlitz.

Der Markt in Liegnitz bot gestern zum Verkauf circa 2800 bis 3000 Centner, größtentheils einschräge Dominial-Wollen, hiervon sind ca. 300 Zentner abgesetzt worden, und zwar ergab sich hier eine Reduktion bei den einschrägen Dominial-Wollen von 20 bis 25 Rt. pro Ztnr., und bei den zweischrägen Bauern- und Scholtisei-Wollen von 20 bis 22 Rt. Das das Ergebnis hier sich um einige Thaler besser als in Schweidnitz stellte, brachte eine etwas belebtere Konkurrenz zu Wege, die glücklicherweise für das Produkt ihre Geduld nicht immer zu zögeln vermag. Die Käufer waren mehre englische, zwei hamburgische Häuser, ein rheinländischer und ein einheimischer Fabrikant, und einige Breslauer Wollhändler; indessen zeigte sich, da eben nur ca. 300 Zent. verkauft wurden, keine große Kauflust.

Ueber das Endresultat beider Märkte berichten wir morgen. So viel dürfte sich indessen wohl schon mit Gewissheit herausstellen, daß das Schaffen und Besuch der Märkte in kleinen Städten eben nicht zum Vortheil der Herren Produzenten gereicht und es unbedingt besser gewesen wäre, auf die mehrfachen Anzeigungen und Warnungen, die wir zu verschiedenen Malen in diesen Blättern in Betreff dieses Gegenstands gaben, eine Bedeutung zu legen.

Indessen ist es noch nicht zu spät, die Herren Produzenten mögen noch alle mit ihren Wollen hierher kommen und sie werden bei deren Verkauf hier noch immer mehr erzielen, als an jedem andern Orte.

△ Brieg, 30. Mai. Montags den 28., früh 1 Uhr ward die Wollspinnerei der Herren Kotig, Richter und Brix ein Raub der Flammen; die Familie des Letzteren, die in dem Gebäude wohnte, konnte kaum das Leben retten. Der Verlust ist bedeutend, da außer ansehnlichen Vorräthen an Wolle und Öl auch eine Maschine, die 1200 Rtl. gekostet, und deren Aufstellung noch kaum vollendet war, durchs Feuer verzichtet worden ist. Das Feuer scheint vorsätzlich angelegt und hauptsächlich die Zerstörung der Maschine beabsichtigt gewesen zu sein. — Der hier gebildete demokratische Verein hat durch einige Redner der Liedertafel Zuwachs erhalten. — In unserem politischen Klubb, der Liedertafel, ward am 29. der Antrag gestellt, den vorgelegten preußischen Verfassungsentwurf, obwohl er im Ganzen verwerflich sei, doch noch nach seinen einzelnen Paragraphen durchzugehen, darüber zu berathen und entweder verwerfend oder auch genehmigend abzustimmen.

Görlitz, 27. Mai. In der Breslauer Zeitung befindet sich ein (der D. A. Z. entlehnt) Artikel aus Görlitz über die Verhältnisse der hiesigen Gegend, welcher unsere Zustände ganz merkwürdig beleuchtet, und namentlich den Stand der Zustände im Verhältnisse zu dem benachbarten Böhmen mit der schwärzesten Brille betrachtet. Es wird von „traurigen Thatsachen“ gesprochen. Hier ist allerdings nicht zu verhüten, daß Ende April sowohl in Seidenberg als auch in Bittau die Pulverhäuser nächtlicherweise erbrochen und in Seidenberg unbedeutende, in Bittau aber bedeutende Vor-

räthe entfremdet worden sind. Diese Thatsachen, welche man sich in Seidenberg dahin erklärt, daß die böhmischen Steinbrecher auf den zur Herrschaft Friedland, Reichenberg und Grottau gehörigen Gütern sich den Kauf von Pulver behufs der Sprengung hätten ersparen wollen, sind aber auch die einzigen. Wir sehen, in Bezug auf den folgenden Satz, zwar viel Beile, namentlich aus der Liebwerdauer und Friedländer Gegend, den Görsliter und Laubaner Kreis durchstreifen; sie werden aber dort von Zeit zu Zeit wieder aufgespielt und über die Grenze geschafft. Das Gerücht von einem beabsichtigten Überfall auf unsere Stadt ist eins von den vagen, wie sie auch bei uns zur beständigen Anspannung und Aufregung der Gemüther von einigen ziemlich Bekannten immer ausgesprengt und in Ears gesetzt werden. „Banden von böhmischen Raubgefunden“ haben auffallenderweise gerade jetzt viel weniger unsere Grenzdörfer beunruhigt, als es früher der Fall gewesen, und weiß ich, erst kürzlich in Seidenberg und Umgegend anwesend, auf das zuverlässigste, daß auch nicht der geringste böhmische Besuch in solcher Beziehung vorgekommen ist. — Was nun den letzten Theil dieses Abschnitts betrifft, so machen die hiesigen Jäger von Zeit zu Zeit, aber nicht täglich, einen Übungsmarsch, der auch zugleich den Zweck hat, den leider zu wenig beschäftigt und daher unschwer aufzuweigelnden Weben im Laubaner Kreise zu beweisen, daß die Gegend noch nicht ganz von Militär entblößt ist. Sie wechseln darin mit den hier verbliebenen 200 Landwehrleuten ab, welche auch abwechselnd mit den Jägern die Zuchthauswache beziehen. Daß die hiesigen bürgerlichen Scharfschützen sowie die Turner diesen Patrouillen nach Böhmen zu sich angeschlossen hätten, ist jedoch ein großartiger Puff. Ich bezweifle nicht, daß sowohl Scharfschützen als Turner im Falle der Noth auf das bereitwilligste derartigen Excursionen sich anschließen würden, kann jedoch auf das Bestimmteste versichern, daß bis jetzt daran kaum gedacht worden ist, weil es eden unnötig gewesen wäre. — Zur größeren Unterstützung der hiesigen Tuchfabrikanten, welche alle großen Bestellungen nach der Walachei, Levante und Italien haben, aber wegen der im Österreich verbotenen Geldausfuhr und der Verhältnisse in Italien natürlich die Versendungen sistiren, beabsichtigt die hiesige Stadt, durch ein wohlgegründetes Grundeigenthum von mindestens 3,000,000 Thlr. (worauf 130,000 Thlr. Schulden) garantiert, 2—300,000 Thlr. Kassenanweisungen auszugeben, zu welcher Finanzoperation eben die Genehmigung des Staats-Ministeriums nachgesucht wird. (D. A. Z.)

Görlitz, 28. Mai. (Zuchthausbrand.) Es war nach Mitternacht, 1 $\frac{1}{4}$ Uhr, als die Signale des Feuerlärmens ertönten und zugleich die Nachricht: im Zuchthause brennt es. Nach allen Vorgängen in andern Städten, wo dergleichen Unstalten bestehen, und mit Hinblick auf die gegenwärtige Zeitschaltung konnten wir nur annehmen, daß das Feuer boshaft und um einen Ausbruch der Sträflinge (deren über 660 vorhanden sind) zu befördern, angelegt sei. Es brannte im Saal des nach Norden stehenden Flügels hoch oben unter dem Dache; das Feuer fand dort Stoff am Holzvorrathe und anderem Material und in kurzer Zeit standen alle Dachräume über und licht in Flammen. Dieser Flügel, der oben Schlaf- und unten Arbeitsräume enthält, und im Erdgeschoss überwölbt ist, jedoch mit steinernen Treppen versehen ist, ist durch Brandgiebel und Mauern von den anstoßenden beiden Flügeln des im Rechtecke gebauten Hofs geschieden. Der Brandgiebel des Abendflügels hat keine Decknungen und ist stark; hier war die Gefahr weniger groß, als beim Morgenflügel. Wurde hier das Feuer übermäßig, so war das größte Unglück vor Augen, dann brannte unauflöslich auch der südliche Flügel, das daran stoßende Landschaftsgebäude gewiß und — die Peterskirche wahrscheinlich. Es ist bewunderungswürdig, mit welcher Anstrengung und mit welcher Berachtung der Gefahr an allen Punkten von den löschenden Mannschaften gearbeitet wurde, um die Weiterverbreitung des Feuers zu verhindern. Dieser unvergleichlichen Treue und Hülfe wackerer Männer allein ist es zu verdanken, daß das Feuer zum Stehen gebracht, kein Flügel weiter ergripen und so einem größeren Unglück vorgebrachte wurde. Kein Mensch ist lebensgefährlich verunglückt. Der nördliche Theil ist bis auf das erste Stockwerk theils durch das Feuer von oben herab, theils durch das Durchschlagen der oberen Decken, theils durch das Löschwasser und bis auf die Ummauern im Brände verdorben. — Die Sträflinge waren in den beiden verschont gebliebenen Flügeln, dem östlichen und westlichen untergebracht, so weit sie nicht in den Zellen unter den Gewölben festgehalten wurden. Ein Theil derselben wurde von Anfang an zur Löscharbeit verwendet und hat sich außerordentlich gut gehalten, so daß zu hoffen steht, dieser Beweis ihrer guten Gesinnung werde dazu dienen, daß jedem Sträfling, der sich in dieser Nacht und am Tage durch Eiser und Ausdauer ausgezeichnet hat, eine Belohnung durch Erlös eines Theils der Strafe (bei den nur kurze Zeit Detinirten sofortige Entlassung) zu Theil werden wird. (Ang.)

* Seit zwei Tagen sind unsere Korrespondenzen aus Paris (vom 26. und 27. Mai) ausgeblieben, wir müssen uns daher auf den Abdruck der Mittheilungen der Rheinischen Blätter beschränken. Red.

Inserate.

(Eingesandt.)

Ameidement zum Verfassungs-Gesetz.

Motto: Why do you go about, to recover
the wind of me, as if you would
drive me into a toil?

Man fragt „was aus unserm Verfassungs-Gesetz-Entwurf vom 23. Mai werden wird?“ — Ich glaube, eine ächt deutsche, volksfürmliche konstitutionell-demokratische Staatsform. Hier meine Gründe:

Die Minorität der Abgeordneten für Berlin und öffentlichen Meinung ist mit der Central-Regierung zwar aristokratisch-konstitutionell. Allein Berlin, Köln, Magdeburg (das lichsfreundliche), Danzig, Königsberg (die Wiege der Vernunft), Stettin (das handelsfreie), Breslau (das republikanisch-patriotische), und etwa der Landente in Schlesien und den Westprovinzen sind — irre ich nicht — konstitutionelle Demokraten. Die Republik bleibt mithin für die nächste und wohl auch entferntere Zukunft Preußens, scheinbar eben so unmöglich, als der plötzliche Sturz der noch haltbaren Staats-Architektonik da a. 1745/1846 durch den sozialen Kommunismus (Chartismus). Der Sitz der besten und besten Aristokratie (ein Salz, das nur so lange wirkt, als es nicht dumm geworden) ist die Provinz Westfalen. In den übrigen, zum Theil jüngst eroberten preußischen Provinzen ist diese Gesellschaftsrichte sehr gefunden und politisch ziemlich bedeutungslos geworden. — Soll Deutschland eine einzige konstitutionelle Wahlmonarchie (unter zeitweiligen Monarchen) mit zwei Kammern werden, so würde für's deutsche Parlament die Provinz Westfalen und am Nieder-Rhein 15—17 Pairs liefern können, nämlich erbliche. Für unsere Landeshoheit sind meines Erachtens die Pairs überhaupt überflüssig; 16 (quasi) Marschälle (Missi) für die acht Provinzen zur Schlichtung der Interprovinzial-Interessen, sind besser. Dagegen stimme ich, nächst der Repräsentation der National-Kapacitäten für Vertretung der Geld-Aristokratie. Jene ist hinreichend da, diese muss daher, soll Preußen nicht in Damps und Dunst aufschehen, ersterer die Stange halten — vice versa und den Damm gegen die allerdings zu rasch vorstehende kommunistisch-radikale Wahlsgemäß aufführen helfen. Hierzu sind, m. E. bei circa 400 Abgeordneten der zweiten Kammer, 180 Geldmänner in der ersten Kammer, mit doch wenigstens 3000 Rthl. sicherem jährlichen Einkommen genügend ausköhlisch. Weshalb, ebenfalls erwähnt, das Königliche Geblüt, vor unserm alten ehrlichen Staatsbürger-Blut parlamentarische Vorzüglichkeiten soll, sehe ich, in Wahrheit, als Sohn des 19. Jahrhunderts, nicht ein. — Ich würde zur Parlamentsmündigkeit königlicher Familien-Mitglieder das 40. Lebensjahr fordern. Berantwortliche Minister, die gedrücktesten Lastträger des Staats, kann man billig nicht aus den Kammern weisen. — Königliche Beamte dagegen, namentlich beförderte Diätaerien-Arbeiter, sind oft bei Debatten, umstötzte Subjekte. Ich würde diese, wenn sie fixirt sind, ausschließen; die Justiz-Kommissare (quasi Kommunal-Beamte) als Deputierte aber zulassen. Den Sinn, welchen die Staats-Minister mit dem königlichen Worte: Vereinbarung verbinden, finde ich ganz unrichtig. Die verehrlichen Herren verstehen darunter, wie es scheint, ein Ding, was nur durch erneuerten Zwist oder gar nicht zu Stande kommen soll oder kann. Tit. V. § 36. Räumlich: die Übereinstimmung des Königs und beider Kammern ist bei dem gegenwärtigen Standpunkte der Gemüther wenigstens auf Grundlage des, das punctum saliens dunkel verwedenden Verfassungs-Gesetz-Entwurfs vom 23. Mai, 2½ Monat nach der etwas unglatten Revolution vom 18. 19. März, ohne betrübende Konterrevolution, fast unausführbar. Die königliche Macht, als executive Staats-Gewalt (imperium) wird durch:

1) die Familien-Erblichkeit der Krone, die wir, konstitutionelle und conservative Demokraten, gern einräumen;

2) die Vertagung;

3) die Auflösung des Landtages, und

4) verschiedene Kleinigkeiten, wodurch ein königlicher Herr

gnädigst die Herzen seiner Staatsbürger gewinnt, hinreichend geschützt. — Zur conservativen Vorsorge, daß sie, die executive Gewalt, innerhalb der konstitutionellen Grenzen für die Dauer unerschütterlich sei, wollen Wir, Ihnen, dem Könige auch noch das einfache Veto einräumen; mehr aber entschieden nicht.

Nun vorwärts zur Sache! Ich würde, folglich zum Entwurf, ehe er der konstituierenden National-Versammlung der Volksvertreter der Debatte vorgelegt wird, folgendes Ameidement vorschlagen:

Tit. I. § 1—5 sind gut.

§ 6 muß dagegen m. E. lauten: Die Wohnung ist unvergleichlich.

§ 7 ist gut.

§ 8 dagegen ameidert wie folgt: Das Privateigentum kann nur aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Wohls, in den durch das Gesetz festgestellten Formen, gegen vollständige Entschädigung, entzogen oder beschränkt werden.

§ 9—12 sind recht gut.

§ 13 aber ameidert: Die Freiheit des Unterrichts wird, zur Bildung der Nation, allen Staatsbürgern unbedingt gewahrt.

§ 14 ameidert: Die Presse ist frei. Die Verfolgung und Bestrafung ihres Missbrauchs wird durch das Gesetz bestimmt. Die Censur, so wie jedwede Beschränkung des Rechts, Druckschriften beliebig aller Orten zu verbreiten, bleiben für immer aufgehoben.

§ 15 ameidert: Alle wählbaren Staatsbürger sind, mit Einschluß der akademischen Bürger, berechtigt, sich ohne vorgängige obrigkeitsliche Erlaubnis und ohne Waffen in, durch feste Währung geschlossenen, Räumen zu versammeln. Diese Bestimmung bezieht sich nicht auf Versammlungen im Kreis, welche in nachfolgenden Beziehungen der Verfügung des Gesetzes unterworfen sind. — Bis zu dessen Erlass ist von letzterwähnten Versammlungen im Freien der Orts- oder Kreispolizei-Behörde 24 Stunden vorher Anzeige zu machen, welche die Versammlungen einstimmig verbieten dürfen, wenn sie dieselben für die öffentliche Sicherheit offenbar gefährlich erachten.

§ 16 ist ganz gut. (NB. nach Maßgabe von § 15 modifiziert.)

§ 17 ameidert: Das Petitions-Recht steht allen Staatsbürgern und Staatsangehörigen zu.

§ 18 ameidert: Das Briefgeheimniß ist unvergleichlich. Ausnahmen davon können nur durch Gesetze in Kriegsfällen mit fremden Mächten, angeordnet werden.

§ 19. Alle Preußen sind wehrpflichtig. Den besonderen Umfang und die Art der Pflicht bestimmt das Gesetz. Auf das stehende Heer finden die in den § 6 bis 16 enthaltenen Bestimmungen insoweit Anwendung, als die verfassungsmäßig gültigen Kriegsartikel nicht entgegenstehen.

Tit. III. § 20 ist gut.

§ 21 aber ameidert: Dem Könige, als dem Staatsoberhaupt allein, steht die vollziehende Gewalt zu. Er befiehlt daher die Vollziehung der verfassungsmäßig verkündeten Gesetze und erlässt die hierzu nothwendigen Anordnungen allerhöchst selbstständig.

§ 22 ist gut.

§ 23 desgleichen.

§ 24 ameidert: Der König hat jedoch nur mit den vereinten Kammern der Volksvertreter das Recht, Krieg zu erklären, Frieden zu schließen und Verträge mit fremden Nationen zu errichten.

§ 25 ameidert: Der König hat das Recht der Begnadigung und Strafnilberung. Zu Gunsten eines wegen seiner Amtshandlungen verurteilten Ministers (§ 33) kann dieses Recht nur auf Antrag der vereinten Kammern ausgeübt werden.

§ 26 ameidert: Dem Könige steht die Verleihung der Orden und anderer dergleichen unvererblichen Auszeichnungen bürgerlichen Verdienstes auch ferner zu.

§ 27 ameidert: Der König beruft die Kammern und schließt ihre Sitzungen. Er kann sie auch auflösen. Es müssen aber in einem solchen Falle innerhalb eines Zeitraums von 30 Tagen nach der Auflösung die Wähler, und innerhalb eines Zeitraums von 60 Tagen nach der Auflösung die Kammern versammelt werden.

§ 28 ist gut.

§ 29 ameidert: Die Krone Preußens ist, den königlichen Familiengesessen gemäß, erblich in dem Mannestamme des königl. Hauses, nach dem Rechte der Erstgeburt und der agnatischen Linealfolge.

§ 30 ameidert: Dieses Hausgesetz der hohenzollern wird hiermit zum preußischen Staatsgrundgesetz ausdrücklich erhoben.

§ 31 ameidert: Mit dem Verluste des Staatsbürgerechts (capitis diminutio) erlischt in der Person des Beteiligten das Erbrecht der Krone Preußens und geht von Rechts wegen (ipso jure) auf den Nachfolger über.

Nr. 932 i. e. § 30 des Entwurfs ist gut.

Nr. 33 i. e. § 31 a. D. ameidert: Ist der König minderjährig oder befindet Er sich in der physischen oder moralischen Unmöglichkeit zu regieren, so wird eine Regentschaft angeordnet. Die näheren Bestimmungen darüber bleiben einem besondern Gesetze vorbehalten.

Nr. 34 i. e. § 32 a. D. ameidert mit dem Zusatz: „Jedoch (selbstredend) nach Abzug der etwa seit 1806 durch das regierende königliche Haus Hohenzollern aus den preußischen Staatsklassen vorbezogenen Fonds.“

Nr. 35 Titel IV. § 33 recht gut.

Nr. 36 Tit. IV. § 34 ameidert: Das Stimmrecht haben die Minister in der einen oder andern Kammer nur dann, wenn sie als Mitglieder derselben gewählt sind. Sie haben (natürlich) Sitz in jeder Kammer, auch ohne Stimme.

Nr. 37 Tit. V. § 36 ameidert: Von den Kammern — Die gesetzgebende Gewalt (potestas) wird gemeinschaftlich durch den König und zwei Kammern ausgeübt. Die Übereinstimmung beider Kammern ist zu jedem Gesetz erforderlich.

Nr. 38 Tit. V. § 37. Dem Könige, so wie jeder Kammer steht das Recht zu, Gesetze vorzuschlagen.

Nr. 39 Tit. V. § 38. Der König übt, dem Volke gegenüber, das Veto aus.

Nr. 40 Tit. V. § 39. Genehmigen nämlich des Königs Majestät das von den Kammern angenommene Gesetz nicht (veto), so erfolgt auf dem nächsten Landtage der ordentliche Vortrag dieses Gesetzes in den Kammern. Nehmen diese es wieder an, so erlangt das Gesetz sofort, im Falle des § 38 des Amendements jedoch, und zwar jedenfalls am 30sten Tage, nachdem es dem Könige zur Genehmigung oder Missbilligung vorgelegt wurde, allgemein verbindende Gesetzeskraft.

Nr. 41 Zusatz Tit. V. § 40. Der Vortrag der eingeführten Gesetze und der Vorschläge geschieht übrigens allem zuerst in der zweiten Kammer, und dann erst in der ersten*).

Nr. 41. § 38 des Entwurfs ameidert: Die erste Kammer besteht 1) aus den Prinzen des königl. Hauses, sobald Höchst-dieselben das 40ste Lebensjahr zurückgelegt haben; 2) aus 16 vom Könige ernannten Mitgliedern (Missi regii). Diese werden unmittelbar vom Könige aus der Zahl derjenigen Staatsbürger gewählt, welche mindestens ein sicheres reines Einkommen von 10,000 Rthlr. jährlich nicht aus Staatsklassen beziehen; 3) aus 180 Mitgliedern, die durch Wahlmänner gewählt werden. (Gesetz v. 8. April.)

§ 39. Ameidert: Wählbar für die erste Kammer, durch das Volk, sind nur solche Staatsbürger, welche das 40ste Lebensjahr zurückgelegt haben und ein sicheres reines Einkommen von mindestens 4000 Rthlr. jährlich nicht aus Staatsklassen beziehen.

Die Rectores Magnifici der Universitäten. Die Mitglieder der Akademie der Wissenschaften. Die Bischöfe, Prälaten und Leute, welche ohne königl. Sold leben. Die Oberbürgermeister der Städte von mehr als 70,000 Einwohnern, sofern sie ihr Amt mindestens drei Jahre verwaltet haben.

§ 40—45 sind gut.

§ 46 ameidert: Königliche, fixirt beförderte oder pensionierte Staatsbeamte sind, mit Ausnahme der Minister und Justizkommissäre, zu Volksvertretern nicht wählbar.

§ 47—52 sind recht gut.

§ 53 ameidert: Keine der beiden Kammern kann einen Beschluss fassen, wenn nicht mindestens zwei Drittheile ihrer Mitglieder anwesend sind.

§ 54—61 ameidert: Ausgezeichnet gut; jedoch mit dem kleinen Zusatz: „(voce: Entschädigung) —“ von 1 Rthlr. 15 Sgr. täglich (mutatis mutandis).

Tit. VI. Von der richterlichen Gewalt.

§ 62 ameidert: Alle richterliche Gewalt im Staate wird im Namen des Königs durch königliche Gerichte ausgeübt. Alle Gerichte im Staate sind unabhängig, und keiner andern Macht vollkommen, als der des Gesetzes unterworfen. Die Urtheile werden im Namen des Königs ausgefertigt und vollstreckt.

§ 63 ist gut.

§ 64 ameidert: Den Richtern dürfen andere Staatsämter nicht übertragen werden.

§ 65 ist gut.

§ 66 ist gut.

§ 67 ameidert: Über alle mit peinlichen Strafen bedrohte oder belegte Handlungen sollen die Gerichte unter Mitwirkung von Geschworenen erkennen.

§ 68 und 69 gut.

Tit. VII. § 70—74 gut.

§ 75 ameidert: Die zweite Kammer allein bestimmt jährlich den Staatshaushalt auf Ein Jahr voraus.

Die Rechnungen über den gesamten Staatshaushalt werden von der Ober-Rechnungs-Kammer formell geprüft.

Die allgemeine Rechnung über den Staatshaushalt jedes nächst verflossenen Jahres wird von genannter Behörde der zweiten Kammer zur Prüfung der Säze in materieller Beziehung eventuell zur Erteilung der Decharge vorgelegt.

Zusatz § 76. Zur Ausschreibung never Steuern oder zur Erhöhung der bestehenden direkten Steuern bedarf es der Genehmigung der ersten Kammer nicht.

Zu nachträglichen Staats-Ueberschreitungen ist jedoch die ausdrückliche Genehmigung der vereinten Kammern erforderlich.

Allgemeine Bestimmungen.

Zusatz § 77. Zur Übereinstimmung jeder Kammer mit sich selbst genügt die absolute Stimmenmehrheit.

Nr. 78. § 78 des Entwurfs ameidert: Ein die preußische Staatsverfassung abänderndes Gesetz muss jedoch in jeder Kammer durch eine relative Stimmenmehrheit von mindestens 2 Dritttheilen angenommen sein. Ein Kammerbeschluß über einen solchen Gesetzesvorschlag ist nicht anders gültig, als wenn an der Beschlussnahme mindestens 3 Viertel der Mitglieder der Kammern persönlich Theil genommen haben.

Nr. 79. § 77 des Entwurfs (ameidert unten.)

Zusatz 80. Durch die erfolgte Annahme des gegenwärtigen Verfassungs-Gesetzes-Entwurfs Seiten der durch die Abgeordneten vertretenen gesammten preußischen Nation wird er erstmals verbindlich und somit zum Staatsgrundgesetz erhoben.

§ 78 ameidert: (Siehe unten.)

Nr. 81. § 77 des Entwurfs ameidert: Hierauf wird der König in Gegenwart der zu Vereinbarung der Verfassung berufenen Versammlung eidlich geloben, diese Verfassung und die Gesetze des preußischen Staates stets aufrecht zu erhalten und zu schützen. Dasselbe eidliche Gelöbnis soll der jedesmalige Thronfolger binnen zwanzig Tagen nach dem Regierungswechsel vor den vereinten, innerhalb gedachter Frist einzubringen, Kammern ablegen.

§ 78 des Entwurfs ameidert: Auch alle Staatsbeamten, so wie das Heer sollen des Volkes Rechte zu schützen und die Verfassung aufrecht zu erhalten schwören.

78. Bei Eröffnung der Kammern müssen (wie allgemein üblich) alle Mitglieder dem Könige und der Verfassung Treue und Gehorsam eidlich versprechen.

§ 79 des Entwurfs: Sollten — wie freilich zu erwarten steht — durch die für Deutschland festzustellende Staatsreform Änderungen des gegenwärtigen preußischen Verfassungs-Gesetzes nötig werden, so wird der König dieselben — (§ 37) — in Vorschlag bringen, und diese Vorschläge den Kammern bei der nächsten Versammlung zur Anordnung mitzutheilen befehlen.

§ 80. Bis zum Erlass eines besseren Wahlgesetzes bleiben für die Wahlen der Abgeordneten, zur Vereinbarung der preußischen Staatsverfassung auf den breitesten Grundlagen die §§ 1—12 des Gesetzes vom 8. April 1848 nur mit der Maßgabe in Kraft, daß

§ 1 wie folgt: Jeder nicht in königlich fixirten Solden stehende Preuße, welcher das 24. Jahr zurückgelegt,

und nicht den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte in Folge rechtskräftigen, richterlichen Erkenntnisses verloren hat, falls er innerhalb Landes einen festen Wohnsitz genommen hat, stimmberechtigter Urvähler. Ausgenommen sind (selbstredend) die Staatsminister und Justizkommissäre.

§ 2 aber dahin: Die Urvähler der preußischen Nation erwählen auf jede Wahlzahl von 50,000 Seelen der Staatsbevölkerung einen Abgeordneten.

§ 6. Jedoch soll für jeden landräthlichen Kreis und für jede Stadt, welche zu keinem landräthlichen Kreise gehört, wenn diese Wahlbezirke weniger als 50,000 Seelen abschließende Wahlbezirke für die zweite Kammer, von 4 zu 4 Jahren geographisch beschrieben werden. — In jedem beregneten Distrikte werden die Wahlen unter Leitung eines Kommunalbeamten vollzogen.

§§ 81—84 sind gut.

§ 84 ist zu elidiren.

Breslau, den 30. Mai 1848.

Der Bürger, Armentkommissär

Hans Kurt Alfred Kalkreuth,

Graf und Herr von D. A. N. Siegersdorf und Doringau,

Erbherr in Preußisch-Schlesien.

(Adresse: Schloß Siegersdorf bei Sagan.)

Bekanntmachung.

Durch die, von der königlichen Regierung hier selbst

unterm 9. Dezember 1844 (Amtsblatt pro 1844 S.

313) bekannt gemachten Verordnung der königl. hohen

Ministerien des Innern und der Finanzen ist bestimmt,

dass auf den größeren Wollemärkten die Verriegelung

der Wolle und die Ausstellung der Wagescheine nicht

früher als in den drei letzten der Eröffnung des Marktes

vorliegenden Tagen erfolgen, auch das Auslegen

der Wolle an den für den Wollemarkt bestimmten öf-</

nicht gewidmet ist, nicht vor Sonnabend den 3. Juni d. J. zugelassen werden.

Um der oft stundenlangen Hemmung aller Passagen, welche durch ordnungloses Fahren vieler hundert am ein und demselben Morgen in den Straßen dieser Stadt zusammentreffenden Wollwagen entsteht, möglichst vorzubeugen, wird für den 3., 5. und 6. Juni d. J. folgende Anordnung bekannt gemacht:

- 1) Alle an diesen Tagen zur Stadt kommenden Wollfuhrten haben sich auf den Brücken und in allen Straßen der Stadt **dergestalt auf der rechten Seite der Brücke oder Straße zu halten, daß die andere Hälfte derselben für anderes Fuhrwerk frei bleibt.**
- 2) Alle Wollfuhrten müssen hintereinander bleiben und dürfen also weder nebeneinander noch sich vorsehn. Wer außer der Reihe betroffen wird, wird genötigt werden, ohne Verzug durch die Stadt hindurch und zum entgegengesetzten Thore wieder hinauszufahren, ohne abladen zu dürfen.
- 3) An Punkten, wo aus verschiedenen Straßen Wollfuhrten zusammentreffen, werden Beamte die Ordnung, in welcher sie weiter vorrücken dürfen, bestimmen. Den Anordnungen derselben wird bei Vermeidung sonstiger Zwangsmäßigregeln, ohne Widerrede Folge zu leisten sein.
- 4) Wollen, welche vom rechten Oberufer kommen und für das Kießling-Severin'sche Zelt bestimmt sind, haben ihren Weg durch das Kaiserthor und die Schmiedebrücke, diejenigen aber, welche auf dem Parade- oder Blücherplatz gelagert werden sollen, durch die Oderstraße zu nehmen.
- 5) Entladene Wollwagen dürfen weder auf den Marktplätzen selbst, noch in deren Nähe oder in den Zufuhrstraßen halten, sondern müssen unverzüglich sich nach den breiteren Straßen der Vorstädte zurückbegeben.
- 6) Die Herren Besitzer der zum Markt kommenden Wollen werden hierdurch angeleghentlich ersucht, ihre mit der Anfuhr beauftragten Dienstleute mit obigen Anordnungen bekannt zu machen, und sie zu deren genauen Beachtung anzuweisen, weil die Daviderhandelnden nicht nur mit Geld, oder Freiheitsstrafen belegt, sondern nöthigenfalls auch durch augenblicklich zu vollziehende Verhaftung genötigt werden müssten, sich der Ordnung zu fügen.

Breslau, den 31. Mai 1848.
Königliches Polizei-Präsidium.

Bekanntmachung.

Den Besitzern bepfandbriefter Güter machen wir bekannt, daß in dem bevorstehenden Wollemarkt unverkauft gebliebene Wolle zum Zweck der Stundung der Pfandbriefsinteressen für Johannis 1848 wiederum pfandweise deponirt werden kann. Wer die Deposition beabsichtigt, solle sich im General-Landschaftsgebäude, Ohlauerstraße Nr. 45, bei dem damt beauftragten Kanzler R. Nächner melden, demselben den Wollwagentzel übergeben und die Wolle demnächst in das Magazin — die Reitbahn neben dem Graf Henckelschen Palais an der Taschenstraße einliefern. — Hier wird die Wolle durch vereidete Taxatoren nach den neuesten Wollpreisen geschätz und dem Einlieferer ein Depositionsschein ertheilt, auf Grund dessen aber von der betreffenden Fürstenthumslandschaft eine Zinsenstundung bis zum Betrage von zwei Drittheilen des Taxwerthes der Wolle bewilligt. Die Wolle lagert übrigens auf Gefahr des Einlieferers und wird diesem namentlich für das durch feuchtes Einbringen veranlaßte Verderben keine Vertretung geleistet, gegen Feuersgefahr indeß wird Versicherung genommen werden. — Der Verkauf der Wolle bleibt dem Eigentümer überlassen, Kauflustigen wird der Zutritt verstattet. Die Herausgabe der Wolle erfolgt auf den eigenen an uns zu richtenden Antrag des Einlieferers und auf unsere Verfügung, nach Be-

richtigung der gestundeten Pfandbriefs-Interessen und gegen Rückgabe des Depositionsscheins. Dabei werden die verauslagten Versicherungs- und Taxationskosten, so wie an Lagergeld pro Zentner und Monat 1 Sgr. erhoben. Breslau, am 18. Mai 1848.

Schlesische General-Landschafts-Direktion.

Bekanntmachung.

Das heute auf dem Neumarkt Nr. 13 ausgebrochene Feuer ist das Vierte in diesem Halbjahr und haben bei dem entstehenden nächsten Feuer dijenigen Bürger, deren Feuerzeitz auf das 1., 3. und 5. Feuer lautet, Löschhülfe zu leisten.

Breslau, den 29. Mai 1848.

Die städtische Sicherungs-Deputation.

Handelskammer-Angelegenheit.

Die Herren Handel- und Gewerbetreibenden, welche den Steuersas Litt. A. vom Handel erlegen, werden zu einer auf

den 6ten Juni Nachmittags 4 Uhr im Börsensaale

anberaumten, erforderlichen falls den 3. Juni Nachmittags 4 Uhr ebendaselbst fortzuführenden General-Versammlung eingeladen. Gegenstände der Verhandlung sind:

- 1) Proklamation der Wahlen der Mitglieder der Handelskammer;
- 2) spezielles Skutinium durch Stimmentzettel über diejenigen Stellen von Mitgliedern, bei denen sich keine absolute Stimmenmehrheit ergeben hat;
- 3) Beschlussnahme über den Antrag, bei den Wahlen der Stellvertreter relative Stimmenmehrheit entscheiden zu lassen;
- 4) Bestimmung über die Wahl der Stellvertreter.

Die ad 2 gedachte spezielle Abstimmung kann nur durch die persönlich Erscheinenden vorgenommen werden.

Gräff (im Auftrage).

Auch uns sind Plakate eines demokratischen Vereins aus Breslau zugegangen. Der Inhalt derselben erweckte gleiche Gefühle, wie die, welche die Kameraden des 11. Infanterie-Regiments in der Breslauer Zeitung vom 20. Mai in der ersten Beilage bereit aussprochen haben. Habet Dank dafür, Ihr lieben Kameraden, für diese Eure biederer Erklärungen. Es waren die Worte unseres Herzens. Auch unser Wahlspruch soll immer sein:

"Mit Gott für König und Vaterland!"

Am 30. Mai 1848.

Sämtliche Unteroffiziere und Soldaten des Füsilier-Bataillons 10. Infanterie-Regiments, und zwar ohne Ausnahme eines Einzelnen.

Erklärung

auf die Antwort der 1145 Breslauer Landwehrkamerad am 23. Mai in Nr. 123 dieser Blätter (Seite 1342).

Kameraden! wir haben Eure offene männliche Sprache vernommen; sie ist das Echo unserer Herzen. Auch wir haben den Kriegergeist geschworen, auch wir haben in der Linie das erste Waffenhandwerk erlernt. Wir kennen und ehren den Junglings-Muth, wir theilen ihn; denn: ob auch älter geworden und gereift in der Schule des Lebens, haben wir nicht nachgelassen in der Liebe zum Vaterlande und im Gehorsam der Gesetze; unser Muth hat nicht abgenommen, er ist derselbe geblieben, nur gelautert und selbstständiger als sonst. Auch wir werden, wie gewiß jeder der 1145 Kameraden, mögen die Würfel des Kriegsglücks immer fallen wie sie wollen, dem Lode mutig ins Auge sehen; wie glauben aber auch fest und mit alter Ueberzeugung, daß des Kriegers Tugenden sein müssen: Tapferkeit und Mäßigung. Darum wollen wir den vielfachen Erklärungen in diesen Blättern, wie verschiedenartig der Geist auch sein mag, den sie atmen, nicht feindselig entgegentreten; wir erheben vielmehr unsere kameradliche

Stimme als einen Ruf zur Einigkeit. Daher bitten wir euch, welche Kameraden der Linie, die ihr das Leben noch nicht von der ersten Seite kennt, die ihr aus dem heilern Treiben der Jugend unter die Fahnen trate; vergeht nicht, daß die Wehrmänner eure Kameraden, eure Brüder sind, die Mehrsten von uns haben Weib und Kind, und haben das bürgerliche Leben auch von der ersten Seite kennen gelernt; wir sind durch Erfahrungen gereift, alle bürgerlichen Freiheiten, alle Lasten treffen auch uns, so wie in einigen Jahren auch euch; darum bedenkt! daß wir den König lieben und ehren, daß wir den Gesetzen gehorchen und daß wir tapfere Soldaten sein können auch wenn wir das Heiligste des Menschen: die bürgerliche Freiheit zu wahren suchen.

Im Namen der Wehrmänner des Waldenburger Kreises,

am 29. Mai 1848.

Joh. Böschel. Karl Lehmann. A. Reiß. Chr. Seiter. Gottlieb Müller. Karl Friedr. Müller. Carl Frans. Schnabel. Neumann. Erner. Karl Fink. Unteroß. Gottlieb Fink. Dresler. Wieland. Leupolt. Ehrenfried Polz. Unteroß. Edmann Neugebauer. Wilhelm Schubert. Friedr. Kramer. Gottl. Bartel. Böhmig. Wieland I. Wieland II. Lockmann. George Wieland. Friedr. Wieland. G. Geisler. B. Mährle. G. Berger.

In Nr. 126 der Schlesischen Zeitung wünscht jemand aus Brieg, daß der Berliner Abgeordnete Stadtgerichtsrath Müller längere und markirte Berichte einsende und entschiedener aufstrete. Dieser so sehr kurz-sichtige darf ja nur die Verhandlungen der Berliner Nationalversammlung lesen, und er wird finden, daß sie dieselbe erst formt, und dann selbst überzeugt sein, daß ihn nur seine spießbürgerlichen Ansichten zu diesem voreiligen Aufsatz geleitet haben. H. M.

Seidenberg und Umgegend, 30. Mai. Der in der Nr. 124 dieser Zeitung*) enthaltene Artikel d. d. Görlitz den 22. d. M. veranlaßt uns, zur Steuer der Wahrheit, bezugs unserer Grenzgegend hierdurch zu erklären: daß die freundschaftlich nachbarlichen Beziehungen, in welchen wir bisher immer zu dem angrenzenden Böhmen gestanden haben, bis diesen Augenblick in keinerlei Weise unterbrochen worden sind, z. B. auch noch kein Grund vorhanden ist, Beförderungen zu Störungen der bestehenden guten Verhältnisse, wie sie in dem bezogenen Artikel fälschlich als schon verwirklicht dargestellt werden, irgend Raum zu geben.

Berger. Broze. Clauberg. Kloß. Maue. Mende. Schalle.

*) Entlehnt der D. Allg. Ztg.

Red.

Adresse.

O o o Du Du
Der der der — der Du Du
Eilenden Fußes die Häuser durchziehst zu sammeln die Namen, Pfeffergepörtes Ross auf Lümpe von Blinden und Lahmen, Auf „bankerottirendes Volk“ und solcherlei schlechtes Gesindel, Bagabondisch, wie wir, im eignen politischen Schwund; Lümpe zu fahn, der Lümpe „wühlerisch Treiben“ zu dämpfen, zu stärken die Lunker des Staats, mit ihnen zu herrschen, zu kämpfen.

Von ihnen zu leben, zu fallen, o höre mein Wallen!
Läßt zu dem Braten Dir noch was rathen
Für Dein hochherziges, wohlwollendes Schreiben, hausieren
des Treibens:
Hast, hast, hast, hast Du Du
Noch, noch, noch Strümpf und Schuh,
Lauf, lauf, lauf, samm' auch mit
Noch was auf Brod und Bier,
Etwas an Beirath auf Irwin, Seif und Bürsten;
Quäle Dich nicht um Rath für die Fürsten,
Denn, denn, denn ganz gewiß
Dein Brief verspätet ist.

Barfüßer Kratz,
von der neuen Schweißniger Strate.

Seebad auf Norderney.

Das Nordseebad auf der Insel Norderney an der Ostfriesischen Küste wird auch in diesem Jahre vom 1. Juli bis zum letzten September eröffnet sein. Während der Badezeit wird zwischen Norderney und dem Nord-Deiche (in der Nähe der Stadt Norden, bis wohin die Chaussee nunmehr vollendet ist) täglich ein Packetschiff hin- und zurückfahren, welche Fahrt in der Regel eine Stunde dauert. Die Fahrt zu Wagen durch das Seewatt erfolgt vom Hilgenriedersyhl ab, und kann man auf diese Art in eigener Equipage und ohne die geringste Gefahr bequem die Insel erreichen. Die Zeit dieser Wattpassage, sowie die Abfahrtsstunden des Packetschiffs — für jeden einzelnen Tag mit Rücksicht auf Ebbe und Flut bestimmt — wird durch Insertion in die hannoversche Zeitung und das ostfriesische Amtsblatt bekannt gemacht, und werden desfalls Anschlagzeiten ebenfalls in den bedeutenden Gasthäusern in Hannover, Bremen, Oldenburg und auf der Route zu finden sein. Auch wird wiederum während der Saison eine tägliche Personenzugspost zwischen Norden und Norderney über Hilgenriedersyhl eingerichtet werden, die in möglichst genauem Zusammenhang mit den täglichen Brief- und Personen-Posten zwischen Norden und Aurich sich an die täglichen Posten zwischen Aurich und Oldenburg (Bremen, Hannover) anschließen soll.

Außerdem fahren wie früher die bequem eingerichteten Dampfschiffe von Bremen und vielleicht auch von Hamburg wöchentlich an festgesetzten Tagen, welche durch öffentliche Ankündigungen in den Zeitungen und durch Anschläge in den vorzüglicheren Gasthäusern bekannt gemacht werden. — Logisbestellungen wird der Vogt Hause auf Norderney pünktlich zu besorgen sich angelegen sein lassen.

Mai, 1848.

Das Königliche Bade-Kommissariat.

Das Bassin-Flußbad

für Herren, an der Mathias-Kunst, ist eröffnet. Durch die jetzige Stellung des Bassins, ist auf der einen Seite desselben der Wellenschlag minder heftig, so daß auch Schwächere das Wellenbad benutzen können, Brunn- und Oder-Douche und Brause haben durch neue Vorrichtung einen um 7 Fuß höhern Fall, als früher.

Die Flüß-Bäder für Damen

beginnen mit dem heutigen Tage. Jedes einzelne Kabinett hat sein eigenes Bassin, besondere Douche und Brause.

Die Wannen-Bäder

mit Zinkwannen stehen wie die Flüßbäder von früh 5 bis Abends 10 Uhr zu Diensten. Die Preise für Bade-Ingridienzen, als Schwefel, Eisen, Seesalz, Kräuter &c. sind in jedem Zimmer angeschlagen.

Zu allen genannten Bädern gelten vorjährige Abonnements-Billets.

Enderer.

Frisch gebrannten Gogoliner Kalk, so wie Oberschlesischen Dünger-Glas-Gyps

Gebrüder Hüser, Junkernstraße Nr. 33.

Niederlagen: auf dem Oberschlesischen Eisenbahnhofe, Oder-Vorstadt in den 3 Linden und Mauritiusplatz Nr. 6 bei Herrn Ludwig Hüser.

Zweite Beilage zu № 127 der Breslauer Zeitung.

Donnerstag den 1. Juni 1848.

Theater-Repertoire.
Donnerstag: „Die Schule der Verliebten.“ Lustspiel in 5 Aufzügen von Karl Blum. (Einlaß 6½ Uhr. Anfang 7 Uhr.)

Freitag: „Eigensinn.“ Lustspiel in einem Akt von Roderich Benedix. — Hierauf: Tanz-Divertissement. — Zum Schluss: „Geistige Liebe“, oder: „Gleich und gleich gesellt sich gern.“ Lustspiel in 3 Aufzügen von Dr. Fr. Lederer.

Das Orchester des Theaters war bereits, ehe der Beschluss zur Wiedereröffnung der Bühne gefasst wurde, Verbindlichkeiten eingegangen, welche es nothwendig machen, daß der Anfang der Vorstellungen an Sonn- und Festtagen auf 7½ Uhr festgesetzt wird. — Die Herren Regisseure und Inspectoren sind dagegen angewiesen worden, an diesen Tagen mehr wie je für kurze Dauer der Zwischenakte Sorge zu tragen, damit so die durch den späteren Anfang entstehende Verzögerung möglichst ausgeglichen werde.

Entbindungs-Anzeige.

(Statt besonderer Meldung.)

Heute wurde meine geliebte Frau Rosalie, geb. Falk, von zwei Mädeln glücklich entbunden. Breslau, 29. Mai 1848.

Hübner, Justitiarius.

Todes-Anzeige.

Nach längeren Leiden endete hier selbst gestern Abend 10½ Uhr mein Mann, der pensionierte Kämmerer Benjamin Jüngling, im 80sten Lebensjahr an Enkratzung der irdische Laufbahn. Um stille Theilnahme bittend zeigt dies sämtlichen Verwandten und Freunden an:

Die hinterlassene Wittwe Louise Jüngling, geb. Niedel.

Breslau, 31. Mai 1848.

Todes-Anzeige.

Verwandten und Freunden die traurige Anzeige, daß unser jüngstes Söhnchen in Folge von Krämpfen uns heut durch den Tod nies der entrisse wurde.

Kreis, 28. Mai 1848.

v. Luck und Frau.

Todes-Anzeige.

(Statt besonderer Meldung.) Heut Morgen um 2 Uhr entschloß unser jüngstes Löchterchen. Dies, um stille Theilnahme bittend, den geehrten Verwandten und Freunden.

Mirkau, den 31. Mai 1848.

Scholz und Frau.

Cirque Olympique.

Heute Donnerstag den 1. Juni zweites großes römisches Pferde-Wettrennen, auch Wettfahren, auf dem Platze der alten Kaiser-Reitbahn mit ganz neuen Abwechslungen. — Anfang präzise 5 Uhr. Nach beendigtem Wettrennen findet in der Reitbahn eine große Vorstellung statt. Zum Abschluß der Arlequin und die beiden Pierrots, komische Pantomime auf dem Theater. Anfang der Vorstellung präzise 8 Uhr. Es lädet ergebnis ein:

A. Guerra.

Danksagung.

Allen Denen, welche mir bei dem Schreckensmorgen des 29. d. M. bei dem Brande in der „blauen Marie“ so freundlich und thätig Beistand und Hülfe geleistet, sage ich hiermit öffentlich meinen wärmen herzlichsten Dank, da ich nicht jedem Beheimtigen denselben persönlich darzubringen vermöge. Möge der Himmel sie alle in diesen gefährlichen Zeiten vor ähnlichem Unglück bewahren.

Breslau, 30. Mai 1848.

G. Heilmann, Kretschmer.

Madame P. M. beobachtet immer noch trog ernster Ermahnungen Stillschweigen. Wenn sie nicht bald zu Handeln anfängt, wird die freie Presse Fakta berichten, die ihr und ihrem Ruf sehr schaden könnten!

Meine Wohnung ist jetzt Sandstraße Nr. 18, Ecke des Neumarkts.

E. Sachs, Stadtbebamme.

Folgende nicht zu bestellende Stadtbrieße:
1) Frau Baronin v. Schwanenfeld,
2) Herren Klaus und Hofert,
3) Hr. Schiffer Neumann,
4) Maurergeselle Schlinger,
5) Graf v. Görs,
6) Fräul. Florentine Scholz,
7) Madame Sack,
8) Frau Gutsbesitzer Steher in Treschen,
9) Häusler A. Scholz in Steine,
10) Hr. Holzer,
11) Hr. Aktuarius Fischer,
12) Lokomotivführer Wilhelau,
13) Fräulein Bertha Jurahicci,
14) Hr. Jacob Weinberg,
können zurückfordert werden.

Breslau, den 31. Mai 1848.

Stadt-Post-Expedition.

Gute elegante Flügel sind billig zu verkaufen auch zu verleihen. Herrenstraße Nr. 24.

Auch ist daselbst eine möblierte Stube mit Flügel-Benuzung bald zu beziehen.

Elfter Rechenschafts-Bericht

der Berlinischen Lebens-Versicherungs-Gesellschaft.

In der am 24sten dieses Monats abgehaltenen General-Versammlung der Aktionärs der Berlinischen Lebens-Versicherungs-Gesellschaft wurde der Rechnungs-Abschluß des Jahr 1847, nachdem er statutenmäßig revidirt worden, vorgelegt. Durch ihn wird für das Jahr 1852 eine eben so günstige Dividende in Aussicht gestellt, wie in den vergangenen Jahren hat verteilt werden können. — In dieser Zeit des Mißthuts freut es uns um so mehr, obiger Erklärung die Bemerkung beifügen zu können, daß die Gesellschaft seit ihrem Bestehen durch außer gewöhnliche Unfälle (bei Hypotheken, Depos oder Wechseln) bis auf die neueste Zeit, nicht allein keine Einbuße (mit Auschluß von eignen Hundert Thalern) erlitten hat, sondern sich auch für die Zukunft dagegen für geschützt halten darf. — Im Jahre 1847 ließen 797 Anträge mit zu versichernden 942,600 Thalern ein. — Weden die zurückgewiesenen, ausgeschiedenen und verstorbenen Versicherten davon abgezogen, so bleibt ein reiner Zuwachs von 339 Versicherten mit 330,000 Thalern. Tedesfälle betrafen 136 Personen mit 173,400 Thalern. — Am Schlusse des Jahres 1847 war der Bestand der Versicherten

6415 Personen mit Sieben Millionen 593,700 Thalern.

Der aus dem Jahre 1843 entspringende Überfluß gewährt den, aus demselben bei der Gesellschaft auf Lebenszeit versicherten Personen eine Dividende von **14½ Prozent** des Betrages, der innerhalb jenes Zeitraums von ihnen bezahlten Prämien. Diese Dividende wird, den Statuten gemäß, auf die von jetzt ab ferner von ihnen zu zahlenden Prämien in Berechnung gebracht, respektive baar gezahlt. — Das Versicherungs-Geschäft hat in den ersten drei Monaten dieses Jahres seinen gewohnten, wachsenden Fortschritt behauptet; seitdem aber durch die eingetretenen politischen und bürgerlichen Verhältnisse eine wesentliche Störung und Hemmung erfahren. — Wir müssen uns der Hoffnung hingeben, der noch übrige Theil des Jahres werde bei wiederkehrender Ruhe und Ordnung, eine erhöhte, vermehrte Belebung herbeizuführen.

Berlin, den 27. Mai 1848.

Direktion der Berlinischen Lebens-Versicherungs-Gesellschaft.

C. W. Brose. C. G. Brüslein. M. Magnus. F. Lütke. Direktoren.

Lobeck. General-Agent.

Vorstehenden Rechenschafts-Bericht bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntnis, mit dem ergebenen Bemerkungen, daß Geschäfts-Programme bei mir unentgeltlich ausgegeben werden. Breslau, den 1. Juni 1848.

F. Klocke,

Haupt-Agent der Berlinischen Lebens-Versicherungs-Gesellschaft.

Oberschlesische Eisenbahn.

In Gemäßheit § 24 des Statutes laden wir die Herren Actionäre zu der auf den **20. Juni d. J.** Nachmittags 3 Uhr im Lokale der hiesigen Börse anberaumten diesjährigen ordentlichen General-Versammlung ergeben ein.

Außer den § 24 des Statutes bezeichneten Angelegenheiten werden nachfolgend bezeichnete Gegenstände zur Berathung und Bezeichnung vorgelegt werden.

- 1) Antrag auf Niederschlagung verwirker Konventional-Strafen wegen verspäteter dritter und weiterer Einzahlungen der Einschüsse auf das im Jahre 1846 emittirte Aktien-Kapital.
- 2) Feststellung des, Behufs Anlage des Doppelgleises zwischen Breslau und Oppeln und Vermehrung der Betriebsmittel resp. zum Erhöhung der aus den Betriebs-Einnahmen für den Bau verwendeten Summe erforderlichen Kapitals.
- 3) Beschlußnahme über die Art der Beschaffung des zu Nr. 2 festgestellten Kapitalsbeitrags und Vereinbarung über den erforderlichen Statuten-Nachtrag.
- 4) Antrag der Beamten bezüglich der Sicherung ihrer Anstellung und Gewährung eines Beitrages zu dem von denselben gegründeten Pensions- und Unterstützungs-Fonds.
- 5) Beschlußnahme über die, den Notleidenden des Plessener und Rybniker Kreises zuzuhwendende Unterstützung.

Diesen Herren Actionären, welche dieser General-Versammlung beiwohnen wollen, haben in Gemäßheit des § 29 des Gesellschafts-Statuts spätestens am 19. Juni im Central-Bureau der Gesellschaft auf dem hiesigen Bahnhofe ihre Actien zu produciren, oder deren om dritten Orte erfolgte Niederlegung glaubhaft nachzuweisen und zugleich ein unterzeichnetes Verzeichniß der Nummern derselben in zwei Exemplaren zu übergeben, von denen das Eine zurückgegeben, nachdem es mit dem Vermerk der zuständigen Stimmen und dem Siegel der Gesellschaft versehen worden, als Einlaßkarte zu der Versammlung dient.

Breslau, den 29. Mai 1848.

Der Verwaltungs-Rath der Oberschlesischen Eisenbahn-Gesellschaft.

Oberschlesische Eisenbahn.

Zum Verkauf im Wege der Auktion von einigen hundert Centnern Guß- und Schmiedeeisen-Absällen bei unseren Werkstätten, haben wir einen Termin auf unserem Bahnhofe hier

am **7. Juni Morgens 8 Uhr**

angezeigt, wozu wir Kaufleute einladen.

Breslau, den 26. Mai 1848.

Das Direktorium.

Berlinische Lebens-Versicherungs-Gesellschaft.

Verschiedene an uns gerichtete Anfragen veranlassen uns, die für Versicherungen von Militärpersonen von unserer Gesellschaft getroffenen Bestimmungen wiederholzt zu öffentlichen Kenntnis zu bringen:

I. Als Regel gilt der Grundsatz, daß

die Versicherungen derjenigen Militärpersonen, welche als solche ihr Leben bei der Gesellschaft versichert haben, so wie derjenigen als Civilisten bei derselben Versicherten, welche seit der genommenen Versicherung in den Militärdienst eingetreten sind, mit Ablauf von vier Wochen von demjenigen Tage ab erloschen,

"an welchem der Truppenheil, zu dem sie gehören, auf den Feld-Etat (Kriegsfuß) gesetzt wird."

(Wir verstehen hierunter denselben Zeitpunkt, von welchem ab der betreffende Truppenheil die volle Feldzulage zu empfangen hat.)

Die Gesellschaft erstattet jedoch den aus diesem Grunde ausscheidenden Militärs die vorausbezahlte Prämie von dem gebrochenen Tage ab, und außerdem von sämtlichen Prämien, welche sie bis zu diesem Tage bezahlt haben, dreißig Prozent.

Diese Verzüglichung muß unmittelbar bei der Direktion in Anspruch genommen werden, und das Recht auf dieselbe erlischt, wenn dies nicht binnen vier Wochen von dem bezeichneten Tage ab geschieht.

II. Die Gesellschaft gestattet aber auch den auf Lebenszeit bei ihr versicherten preußischen Militärs, vom Unteroffizier und Wachtmeister einschließlich aufwärts, desgleichen Militär-Arzten und Chirurgen die Ausdehnung der Versicherung auf Kriegsgefahr unter den in den von ihr veröffentlichten „Grundsätzen für Versicherung von Militärpersonen“ in Bezug auf Kriegsgefahr gestellten Bedingungen, für eine jährliche Zusatz-Prämie von drei Prozent des versicherten Kapitals, und zwar von dem Tage abgerechnet, an welchem der Versicherte auf den Feld-Etat (siehe oben) geht ist.

Der Antrag auf diese Zusatz-Versicherung muß, bei Verlust des Anspruchs auf dieselbe, ebenfalls binnen der obengedachten vier Wochen, unter Beifügung des in den Grundsätzen für Versicherungen gegen Kriegsgefahr vorgeschriebenen Attestes und der einjährigen Zusatz-Prämie und zwar unmittelbar bei der Direktion eingereicht werden.

Neue Lebens-Versicherungen von Militärpersonen, welche bereits auf dem Feld-Etat stehen, werden nicht angenommen.

Diejenigen bei der Gesellschaft auf Lebenszeit versicherten Civilisten, welche in einen bereits auf dem Feld-Etat stehenden Truppenheil eintreten, wird die Ausdehnung der Versicherung auf Kriegsgefahr unter den nämlichen Bedingungen binnen vier Wochen vom Tage ihres Eintritts ab gestattet.

Anteilsformulare zu vergleichenden Zusatz-Versicherungen, so wie gedruckte Exemplare der „Grundsätze für Versicherungen gegen Kriegsgefahr“ werden die Agenten der Gesellschaft jedem bei der letztern versicherten Militär auf Verlangen aushändigen, auch den etwa gewünschten sonstigen Beistand leisten.

Berlin, den 3. April 1848.

Direktion der Berlinischen Lebens-Versicherungs-Gesellschaft.

Öffentliches Aufgebot.

Von dem unterzeichneten königlichen Ober-Landesgericht werden:

1) alle diejenigen, welche an den auf dem Rittergute Schönau, Neumarktschen Kreis, Ruh. II., Nr. 2, und zwar für die v. Grenz'lichen Descendanten n. i. 26 Thl. schles., und für die v. Rei'schen Descendanten mit 5 Thl. schles., im Ganzen mit 31 Thl. schles., oder 24 Rthlr. 24 Sgr. Courant, angeblich auf Grund eines Kaufvertrages de. cons. den 20. April 1693 eingebrachten wiederkäuflichen jährlichen Zins, dessen Erlöschen oder Abholung zur Zeit der Aufhebung des Stifts Wahlstatt, als früheren Gouvernements von Schönau von dem königlichen Domänen-Fiskus behauptet wird, — so wie

2) alle diejenigen, welche an die auf dem vormalen fürstlichen Stift zu unsern lieben Frauen auf dem Sande hervorzu gehörigen Gute Gabitz, Breslauer Kreis, sub Ruh. III., Nr. 1, auf Grund des Schuls-Instruments vom 18. Juli 1768 für den Kommerzien- und Konferenz-Rath George Wilhelm Gümisch mittelst Verfügung vom 20. Juli 1768 eingetragenen und später an den Oberförster Ritter laut der zu folge Verfügung vom 29. Juni 1771 eingetragenen Geschen vom 27. Mai desselben Jahres geliehen n. 5000 Rthlr. — so wie

3) alle diejenigen, welche an die auf dem zuletzt genannten Gute sub Ruh. III. Nr. 2, auf Grund des für die verwitwete Marie Franziska Bordolo, geb. Reynolda, ausgestellten Schuld-Instruments vom 1. Februar 1756, für deren Universalerbin verehelichte Minola, Marie Catharina geb. Bordolo, zufolge Verfügung vom 25. Februar 1771 eingetragenen 2000 Ft., oder 1333 Rthlr. 8 Gr.

als Eigentümer, Gessionarien oder Erben derselben, oder aus irgend einem anderen Grunde Ansprüche haben, zu deren Anmeldung auf den

4. Sept. d. J., Vorm. 11 Uhr, vor dem Ober-Landes-Gerichts-Referendarius v. Lipinsky II. im Parteien-Zimmer des Ober-Landes-Gerichts ansteckenden Termine unter der Warnung vorgeladen, daß die Ausbleibenden mit ihren Ansprüchen ausgeschlossen, ihnen damit ein ewiges Stillschweigen auferlegt und die erwähnten Ponen, hinsichtlich welcher auch bei 2 und 3 der königl. Domänen-Fiskus die längst erfolgte Tilgung behauptet, im Hypothekenbuche gelöscht werden.

Breslau, den 29. April 1848.
Königliches Ober-Landes-Gericht.
Erster Senat.
Hundrich.

5) alle diejenigen, welche an die auf dem zuvor dem Herrn Land- und Stadtgerichts-Rath Mosig an hissiger Gerichtsstelle anberaumt, zu welchem die unbekannten Gläubiger mit der Aufforderung hierdurch vorgeladen werden, in diesem Termine persönlich oder durch zulässige Bevollmächtigte zu erscheinen und ihre Ansprüche an die Mise anzumelden, währendfalls sie damit praktizirt und ihnen ein einiges Stillschweigen gegen die übrig n. Gläubiger wird auferlegt werden. Auswärtigen werden die hiesigen Justiz-Kommissarien Herrmann Körner und Wildi a.s. Mandataren in Vorschlag gebracht.

Görlitz, 19. April 1848.
Königliches Land- und Stadt-Gericht.

6) alle diejenigen, welche an die auf dem am 3. Dez. 1847 lautend, und Lit. E. I. Nr. 3145 vom 13. Dezember 1847 auf den Namen des Gerichts-Amtes Vorzendorf und Ober-Straße über eine bei dem königl. Bank-Direktorium zu Breslau belegte Summe von 350 Rtl., nachdem 150 Rtl. darauf gezahlt worden, noch über 200 Rtl. Courant, nebst Zinsen seit dem 31. Dezember 1847 lautend, sind dem Gerichts-Amtes Vorzendorf und Striese am 6. März d. J. abhanden gekommen. Es wird daher auf den Antrag derselben das öffentliche Aufgebot dieser beiden Bank-Obligationen hierdurch veranlaßt und werden alle diejenigen, welche an dieselben als Eigentümer, Gessionare oder Erben derselben, Pfands- oder sonstige Briefs-Inhaber einen Anspruch zu haben vermögen, hierdurch vorgeladen, in dem auf den

7. September d. J., Vormittags 11 % Uhr, vor dem Oberlandesgerichts-Referendarius v.

8) alle diejenigen, welche an die auf dem Rittergute Schönau, Neumarktschen Kreis, Ruh. II., Nr. 2, und zwar für die v. Grenz'lichen Descendanten n. i. 26 Thl. schles., und für die v. Rei'schen Descendanten mit 5 Thl. schles., im Ganzen mit 31 Thl. schles., oder 24 Rthlr. 24 Sgr. Courant, angeblich auf Grund eines Kaufvertrages de. cons. den 20. April 1693 eingebrachten wiederkäuflichen jährlichen Zins, dessen Erlöschen oder Abholung zur Zeit der Aufhebung des Stifts Wahlstatt, als früheren Gouvernements von Schönau von dem königlichen Domänen-Fiskus behauptet wird, — so wie

9) alle diejenigen, welche an die auf dem vormalen fürstlichen Stift zu unsern lieben Frauen auf dem Sande hervorzu gehörigen Gute Gabitz, Breslauer Kreis, sub Ruh. III., Nr. 1, auf Grund des Schuls-Instruments vom 18. Juli 1768 für den Kommerzien- und Konferenz-Rath George Wilhelm Gümisch mittelst Verfügung vom 20. Juli 1768 eingetragenen und später an den Oberförster Ritter laut der zu folge Verfügung vom 29. Juni 1771 eingetragenen Geschen vom 27. Mai desselben Jahres geliehen n. 5000 Rthlr. — so wie

10) alle diejenigen, welche an die auf dem zuvor dem Herrn Land- und Stadtgerichts-Rath Mosig an hissiger Gerichtsstelle anberaumt, zu welchem die unbekannten Gläubiger mit der Aufforderung hierdurch vorgeladen werden, daß die Ausbleibenden aller ihrer erwähnten Rechte verlustig erklärt, und mit ihren Forderungen nur an dasjenige, was nach Befriedigung der sich meldenden Gläubiger von der Masse noch übrig bleiben möchte, verweisen werden sollen.

Tarnowitz, den 10. Mai 1848.
Gerichts-Amt Tarnowitz.

11) alle diejenigen, welche an die auf dem am 3. Dez. 1847 lautend, und Lit. E. I. Nr. 3145 vom 13. Dezember 1847 auf den Namen des Gerichts-Amtes Vorzendorf und Ober-Straße über eine bei dem königl. Bank-Direktorium zu Breslau belegte Summe von 350 Rtl., nachdem 150 Rtl. darauf gezahlt worden, noch über 200 Rtl. Courant, nebst Zinsen seit dem 31. Dezember 1847 lautend, sind dem Gerichts-Amtes Vorzendorf und Striese am 6. März d. J. abhanden gekommen. Es wird daher auf den Antrag derselben das öffentliche Aufgebot dieser beiden Bank-Obligationen hierdurch veranlaßt und werden alle diejenigen, welche an dieselben als Eigentümer, Gessionare oder Erben derselben, Pfands- oder sonstige Briefs-Inhaber einen Anspruch zu haben vermögen, hierdurch vorgeladen, in dem auf den

12) alle diejenigen, welche an die auf dem Rittergute Schönau, Neumarktschen Kreis, Ruh. II., Nr. 2, und zwar für die v. Grenz'lichen Descendanten n. i. 26 Thl. schles., und für die v. Rei'schen Descendanten mit 5 Thl. schles., im Ganzen mit 31 Thl. schles., oder 24 Rthlr. 24 Sgr. Courant, angeblich auf Grund eines Kaufvertrages de. cons. den 20. April 1693 eingebrachten wiederkäuflichen jährlichen Zins, dessen Erlöschen oder Abholung zur Zeit der Aufhebung des Stifts Wahlstatt, als früheren Gouvernements von Schönau von dem königlichen Domänen-Fiskus behauptet wird, — so wie

13) alle diejenigen, welche an die auf dem vormalen fürstlichen Stift zu unsern lieben Frauen auf dem Sande hervorzu gehörigen Gute Gabitz, Breslauer Kreis, sub Ruh. III., Nr. 1, auf Grund des Schuls-Instruments vom 18. Juli 1768 für den Kommerzien- und Konferenz-Rath George Wilhelm Gümisch mittelst Verfügung vom 20. Juli 1768 eingetragenen und später an den Oberförster Ritter laut der zu folge Verfügung vom 29. Juni 1771 eingetragenen Geschen vom 27. Mai desselben Jahres geliehen n. 5000 Rthlr. — so wie

14) alle diejenigen, welche an die auf dem zuvor dem Herrn Land- und Stadtgerichts-Rath Mosig an hissiger Gerichtsstelle anberaumt, zu welchem die unbekannten Gläubiger mit der Aufforderung hierdurch vorgeladen werden, daß die Ausbleibenden aller ihrer erwähnten Rechte verlustig erklärt, und mit ihren Forderungen nur an dasjenige, was nach Befriedigung der sich meldenden Gläubiger von der Masse noch übrig bleiben möchte, verweisen werden sollen.

Tarnowitz, den 10. Mai 1848.
Gerichts-Amt Tarnowitz.

15) alle diejenigen, welche an die auf dem Rittergute Schönau, Neumarktschen Kreis, Ruh. II., Nr. 2, und zwar für die v. Grenz'lichen Descendanten n. i. 26 Thl. schles., und für die v. Rei'schen Descendanten mit 5 Thl. schles., im Ganzen mit 31 Thl. schles., oder 24 Rthlr. 24 Sgr. Courant, angeblich auf Grund eines Kaufvertrages de. cons. den 20. April 1693 eingebrachten wiederkäuflichen jährlichen Zins, dessen Erlöschen oder Abholung zur Zeit der Aufhebung des Stifts Wahlstatt, als früheren Gouvernements von Schönau von dem königlichen Domänen-Fiskus behauptet wird, — so wie

16) alle diejenigen, welche an die auf dem vormalen fürstlichen Stift zu unsern lieben Frauen auf dem Sande hervorzu gehörigen Gute Gabitz, Breslauer Kreis, sub Ruh. III., Nr. 1, auf Grund des Schuls-Instruments vom 18. Juli 1768 für den Kommerzien- und Konferenz-Rath George Wilhelm Gümisch mittelst Verfügung vom 20. Juli 1768 eingetragenen und später an den Oberförster Ritter laut der zu folge Verfügung vom 29. Juni 1771 eingetragenen Geschen vom 27. Mai desselben Jahres geliehen n. 5000 Rthlr. — so wie

17) alle diejenigen, welche an die auf dem zuvor dem Herrn Land- und Stadtgerichts-Rath Mosig an hissiger Gerichtsstelle anberaumt, zu welchem die unbekannten Gläubiger mit der Aufforderung hierdurch vorgeladen werden, daß die Ausbleibenden aller ihrer erwähnten Rechte verlustig erklärt, und mit ihren Forderungen nur an dasjenige, was nach Befriedigung der sich meldenden Gläubiger von der Masse noch übrig bleiben möchte, verweisen werden sollen.

Tarnowitz, den 10. Mai 1848.
Gerichts-Amt Tarnowitz.

18) alle diejenigen, welche an die auf dem Rittergute Schönau, Neumarktschen Kreis, Ruh. II., Nr. 2, und zwar für die v. Grenz'lichen Descendanten n. i. 26 Thl. schles., und für die v. Rei'schen Descendanten mit 5 Thl. schles., im Ganzen mit 31 Thl. schles., oder 24 Rthlr. 24 Sgr. Courant, angeblich auf Grund eines Kaufvertrages de. cons. den 20. April 1693 eingebrachten wiederkäuflichen jährlichen Zins, dessen Erlöschen oder Abholung zur Zeit der Aufhebung des Stifts Wahlstatt, als früheren Gouvernements von Schönau von dem königlichen Domänen-Fiskus behauptet wird, — so wie

19) alle diejenigen, welche an die auf dem vormalen fürstlichen Stift zu unsern lieben Frauen auf dem Sande hervorzu gehörigen Gute Gabitz, Breslauer Kreis, sub Ruh. III., Nr. 1, auf Grund des Schuls-Instruments vom 18. Juli 1768 für den Kommerzien- und Konferenz-Rath George Wilhelm Gümisch mittelst Verfügung vom 20. Juli 1768 eingetragenen und später an den Oberförster Ritter laut der zu folge Verfügung vom 29. Juni 1771 eingetragenen Geschen vom 27. Mai desselben Jahres geliehen n. 5000 Rthlr. — so wie

20) alle diejenigen, welche an die auf dem zuvor dem Herrn Land- und Stadtgerichts-Rath Mosig an hissiger Gerichtsstelle anberaumt, zu welchem die unbekannten Gläubiger mit der Aufforderung hierdurch vorgeladen werden, daß die Ausbleibenden aller ihrer erwähnten Rechte verlustig erklärt, und mit ihren Forderungen nur an dasjenige, was nach Befriedigung der sich meldenden Gläubiger von der Masse noch übrig bleiben möchte, verweisen werden sollen.

Tarnowitz, den 10. Mai 1848.
Gerichts-Amt Tarnowitz.

21) alle diejenigen, welche an die auf dem Rittergute Schönau, Neumarktschen Kreis, Ruh. II., Nr. 2, und zwar für die v. Grenz'lichen Descendanten n. i. 26 Thl. schles., und für die v. Rei'schen Descendanten mit 5 Thl. schles., im Ganzen mit 31 Thl. schles., oder 24 Rthlr. 24 Sgr. Courant, angeblich auf Grund eines Kaufvertrages de. cons. den 20. April 1693 eingebrachten wiederkäuflichen jährlichen Zins, dessen Erlöschen oder Abholung zur Zeit der Aufhebung des Stifts Wahlstatt, als früheren Gouvernements von Schönau von dem königlichen Domänen-Fiskus behauptet wird, — so wie

22) alle diejenigen, welche an die auf dem vormalen fürstlichen Stift zu unsern lieben Frauen auf dem Sande hervorzu gehörigen Gute Gabitz, Breslauer Kreis, sub Ruh. III., Nr. 1, auf Grund des Schuls-Instruments vom 18. Juli 1768 für den Kommerzien- und Konferenz-Rath George Wilhelm Gümisch mittelst Verfügung vom 20. Juli 1768 eingetragenen und später an den Oberförster Ritter laut der zu folge Verfügung vom 29. Juni 1771 eingetragenen Geschen vom 27. Mai desselben Jahres geliehen n. 5000 Rthlr. — so wie

23) alle diejenigen, welche an die auf dem zuvor dem Herrn Land- und Stadtgerichts-Rath Mosig an hissiger Gerichtsstelle anberaumt, zu welchem die unbekannten Gläubiger mit der Aufforderung hierdurch vorgeladen werden, daß die Ausbleibenden aller ihrer erwähnten Rechte verlustig erklärt, und mit ihren Forderungen nur an dasjenige, was nach Befriedigung der sich meldenden Gläubiger von der Masse noch übrig bleiben möchte, verweisen werden sollen.

Tarnowitz, den 10. Mai 1848.
Gerichts-Amt Tarnowitz.

24) alle diejenigen, welche an die auf dem Rittergute Schönau, Neumarktschen Kreis, Ruh. II., Nr. 2, und zwar für die v. Grenz'lichen Descendanten n. i. 26 Thl. schles., und für die v. Rei'schen Descendanten mit 5 Thl. schles., im Ganzen mit 31 Thl. schles., oder 24 Rthlr. 24 Sgr. Courant, angeblich auf Grund eines Kaufvertrages de. cons. den 20. April 1693 eingebrachten wiederkäuflichen jährlichen Zins, dessen Erlöschen oder Abholung zur Zeit der Aufhebung des Stifts Wahlstatt, als früheren Gouvernements von Schönau von dem königlichen Domänen-Fiskus behauptet wird, — so wie

25) alle diejenigen, welche an die auf dem vormalen fürstlichen Stift zu unsern lieben Frauen auf dem Sande hervorzu gehörigen Gute Gabitz, Breslauer Kreis, sub Ruh. III., Nr. 1, auf Grund des Schuls-Instruments vom 18. Juli 1768 für den Kommerzien- und Konferenz-Rath George Wilhelm Gümisch mittelst Verfügung vom 20. Juli 1768 eingetragenen und später an den Oberförster Ritter laut der zu folge Verfügung vom 29. Juni 1771 eingetragenen Geschen vom 27. Mai desselben Jahres geliehen n. 5000 Rthlr. — so wie

26) alle diejenigen, welche an die auf dem zuvor dem Herrn Land- und Stadtgerichts-Rath Mosig an hissiger Gerichtsstelle anberaumt, zu welchem die unbekannten Gläubiger mit der Aufforderung hierdurch vorgeladen werden, daß die Ausbleibenden aller ihrer erwähnten Rechte verlustig erklärt, und mit ihren Forderungen nur an dasjenige, was nach Befriedigung der sich meldenden Gläubiger von der Masse noch übrig bleiben möchte, verweisen werden sollen.

Tarnowitz, den 10. Mai 1848.
Gerichts-Amt Tarnowitz.

27) alle diejenigen, welche an die auf dem Rittergute Schönau, Neumarktschen Kreis, Ruh. II., Nr. 2, und zwar für die v. Grenz'lichen Descendanten n. i. 26 Thl. schles., und für die v. Rei'schen Descendanten mit 5 Thl. schles., im Ganzen mit 31 Thl. schles., oder 24 Rthlr. 24 Sgr. Courant, angeblich auf Grund eines Kaufvertrages de. cons. den 20. April 1693 eingebrachten wiederkäuflichen jährlichen Zins, dessen Erlöschen oder Abholung zur Zeit der Aufhebung des Stifts Wahlstatt, als früheren Gouvernements von Schönau von dem königlichen Domänen-Fiskus behauptet wird, — so wie

28) alle diejenigen, welche an die auf dem vormalen fürstlichen Stift zu unsern lieben Frauen auf dem Sande hervorzu gehörigen Gute Gabitz, Breslauer Kreis, sub Ruh. III., Nr. 1, auf Grund des Schuls-Instruments vom 18. Juli 1768 für den Kommerzien- und Konferenz-Rath George Wilhelm Gümisch mittelst Verfügung vom 20. Juli 1768 eingetragenen und später an den Oberförster Ritter laut der zu folge Verfügung vom 29. Juni 1771 eingetragenen Geschen vom 27. Mai desselben Jahres geliehen n. 5000 Rthlr. — so wie

29) alle diejenigen, welche an die auf dem zuvor dem Herrn Land- und Stadtgerichts-Rath Mosig an hissiger Gerichtsstelle anberaumt, zu welchem die unbekannten Gläubiger mit der Aufforderung hierdurch vorgeladen werden, daß die Ausbleibenden aller ihrer erwähnten Rechte verlustig erklärt, und mit ihren Forderungen nur an dasjenige, was nach Befriedigung der sich meldenden Gläubiger von der Masse noch übrig bleibt, verweisen werden sollen.

Tarnowitz, den 10. Mai 1848.
Gerichts-Amt Tarnowitz.

30) alle diejenigen, welche an die auf dem Rittergute Schönau, Neumarktschen Kreis, Ruh. II., Nr. 2, und zwar für die v. Grenz'lichen Descendanten n. i. 26 Thl. schles., und für die v. Rei'schen Descendanten mit 5 Thl. schles., im Ganzen mit 31 Thl. schles., oder 24 Rthlr. 24 Sgr. Courant, angeblich auf Grund eines Kaufvertrages de. cons. den 20. April 1693 eingebrachten wiederkäuflichen jährlichen Zins, dessen Erlöschen oder Abholung zur Zeit der Aufhebung des Stifts Wahlstatt, als früheren Gouvernements von Schönau von dem königlichen Domänen-Fiskus behauptet wird, — so wie

31) alle diejenigen, welche an die auf dem vormalen fürstlichen Stift zu unsern lieben Frauen auf dem Sande hervorzu gehörigen Gute Gabitz, Breslauer Kreis, sub Ruh. III., Nr. 1, auf Grund des Schuls-Instruments vom 18. Juli 1768 für den Kommerzien- und Konferenz-Rath George Wilhelm Gümisch mittelst Verfügung vom 20. Juli 1768 eingetragenen und später an den Oberförster Ritter laut der zu folge Verfügung vom 29. Juni 1771 eingetragenen Geschen vom 27. Mai desselben Jahres geliehen n. 5000 Rthlr. — so wie

32) alle diejenigen, welche an die auf dem zuvor dem Herrn Land- und Stadtgerichts-Rath Mosig an hissiger Gerichtsstelle anberaumt, zu

Bekanntmachung.

In der in Gemäßheit des § 58 der allerhöchsten Verordnung vom 8. Juni 1835 (Gesetzesammlung Nr. 1619) stattgehabten achten Verloosung schlesischer Pfandbriefe Litt. B. sind folgende vier Prozent Zinsen tragende Points über einen Gesamtbetrag von 29,250 Rthlr. vorschriftsmäßig gezogen worden, und zwar:

à 1000 Rthlr.

Nr. 89	auf Ratibor.
= 189	= Carolath.
= 260	= Schwieben.
= 791	= Siemianowiz, Radzionkau, Lassowiz und Sowiz.
= 795	= desgl.
= 874	= desgl.
= 40175	= Dambrau und Sokollnitz.

à 500 Rthlr.

Nr. 1041	auf Kottwiz.
= 1179	= Ratibor.
= 1261	= Saabor.
= 1475	= Carolath.
= 1591	= Albendorf.
= 1951	= Koschentin und Tworog.
= 2039	= Lossen.
= 2130	= Niewodnigk.
= 2155	= Czepelwiz.
= 2614	= Siemianowiz, Radzionkau, Lassowiz und Sowiz.
= 43232	= Groß-Lagiewnitz.
= 43300	= Lederhose.
= 43334	= Dambrau und Sokollnitz.
= 43349	= desgl.

à 200 Rthlr.

Nr. 3016	auf Nieder-Schwirklan.
= 3099	= Deutsch-Crawarn u. Kauthen.
= 3190	= Bojadel und Kern.
= 3227	= Ratibor.
= 3290	= desgl.
= 3373	= Waldvorwerk.
= 3376	= Ober-Alt-Wohlau.
= 3391	= Saabor.
= 3425	= desgl.
= 3653	= Roschowiz und Taborowiz.
= 3725	= Groß-Petrovitz.
= 3923	= Paschkerwiz.
= 4103	= Albendorf.
= 4418	= Kuttlau.
= 4495	= Malmiz.
= 4663	= Koschentin und Tworog.
= 4934	= Lossen.
= 15051	= Siemianowiz, Radzionkau, Lassowiz und Sowiz.
= 15136	= desgl.
= 15142	= desgl.
= 15161	= desgl.
= 15260	= desgl.
= 15282	= desgl.
= 49234	= Ulbersdorf.
= 49248	= desgl.
= 49293	= Koselwiz.
= 49315	= desgl.
= 49323	= Massel.
= 49498	= Giesdorf.
= 49546	= Dambrau und Sokollnitz.
= 49550	= desgl.
= 49651	= Klein-Ellguth.

Nr. 49652 auf Klein-Ellguth.

= 49659	= desgl.
= 49822	= Raudniz und Raschdorf.
	à 100 Rthlr.
Nr. 5590	auf Dombrowka.
= 5629	= Haltauf.
= 5746	= Nieder-Marklowitz.
= 6052	= Ratibor.
= 6100	= desgl. 1.
= 6374	= Saabor.
= 6391	= desgl.
= 6540	= Roschowiz und Taborowiz.
= 6664	= Groß-Petrovitz.
= 6985	= Cliniz, Iborowsky, Bogdalla.
= 7003	= desgl.
= 7024	= Albendorf.
= 7089	= desgl.
= 7159	= desgl.
= 7297	= desgl.
= 7302	= desgl.
= 7342	= Deutsch-Kessel.
= 7492	= Ober- und Nieder-Kunern.
= 7497	= desgl.
= 7848	= Malmiz.
= 7909	= desgl.
= 7931	= desgl.
= 8025	= Groß-Deutschen.
= 8043	= Gorkau.
= 8108	= Koschentin und Tworog.
= 8225	= Radoschau.
= 8256	= Baerschdorf.
= 8338	= Maßdorf.
= 8375	= desgl.
= 8408	= desgl.
= 8416	= desgl.
= 8476	= Baumgarten.
= 8491	= desgl.
= 8577	= Pniow.
= 8704	= Lossen.
= 8750	= desgl.
= 8771	= desgl.
= 8773	= desgl.
= 8777	= desgl.
= 8817	= Niewodnigk.
= 8869	= desgl.
= 8874	= Czepelwiz.
= 8921	= Comprachtziz.
= 10407	= Siemianowiz, Radzionkau, Lassowiz und Sowiz.
= 10445	= desgl.
= 10467	= desgl.
= 10469	= desgl.
= 10478	= desgl.
= 17075	= desgl.
= 17094	= desgl.
= 17217	= desgl.
= 17226	= desgl.
= 17245	= desgl.
= 17277	= desgl.
= 17501	= desgl.

Nr. 17506 auf Siemianowiz, Radzionkau, Lassowiz und Sowiz.

= 17553	= desgl.
= 17592	= desgl.
= 17653	= desgl.
= 17656	= desgl.
= 61022	= Krischkowitz.
= 61275	= Rausse.
= 61471	= Buchwald.
= 61472	= desgl.
= 61500	= Brune.
= 61595	= Gaschowitz.
= 61678	= Giesdorf.
= 61811	= Dambrau und Sokollnitz.
= 61934	= Polnisch-Leipe.
= 62136	= Raudniz und Raschdorf.
	à 50 Rthlr.
Nr. 10504	auf Braniż.
= 10645	= Ober- und Nieder-Lubie.
= 10783	= Rettkau.
= 10872	= Deutsch-Crawarn u. Kauthen.
= 11203	= Bojadel und Kern.
= 11336	= Ratibor.
= 11337	= desgl.
= 11396	= Waldvorwerk.
= 11465	= Deutsch-Kessel.
= 11794	= Comprachtziz.
= 11805	= desgl.
= 79040	= Schönfeld.
	à 25 Rthlr.
Nr. 20808	auf Dombrowka.
= 20826	= desgl.
= 20884	= Kottwiz.
= 20998	= Haltauf.
= 21062	= Rettkau.
= 21096	= desgl.
= 21186	= Ober-, Mittel- und Nieder-Flämischedorf.
= 21206	= Deutsch-Crawarn u. Kauthen.
= 21243	= desgl.
= 21265	= desgl.
= 21315	= desgl.
= 21378	= Echisten u. Klein-Beltsch.
= 21562	= Ober-, Mittel- und Nieder-Brune.
= 21809	= Skalung.
= 21911	= Bojadel und Kern.
= 21977	= desgl.
= 21982	= desgl.
= 22283	= Waldvorwerk,
= 22403	= Albendorf.
= 22594	= Malmiz.
= 22640	= Dober und Pause.
= 22669	= Koschentin und Tworog.
= 22793	= Lossen.
= 23626	= Siemianowiz, Radzionkau, Lassowiz und Sowiz.
= 82058	= Schönfeld.
= 82160	= Jacobsdorf.

Diese Pfandbriefe werden daher hierdurch ihren Inhabern mit dem Bemerkten gekündigt: daß die Rückzahlung des Nennwerthes derselben gegen Auslieferung der Pfandbriefe

vom 1. Juli 1848 ab

entweder in Breslau bei dem Handlungshause Ruffer und Comp. oder in Berlin bei der Königlichen Haupt-Seehandlungs-Kasse erfolgen wird, und daß mit diesem Tage nach § 59 der allegirten Verordnung die weitere Verzinsung der gezogenen Pfandbriefe B. aufhört. — Die Inhaber derselben haben daher bei der Präsentation Behuſſ der Empfangnahme des Kapitals die Coupons Ser. III. Nr. 6 bis 10 über die Zinsen vom 1. Juli 1848 bis Ende Dezember 1850 mit abzuliefern, widrigenfalls deren Beträge bei der Auszahlung des Kapitals davon in Abzug gebracht werden müssen.

Berlin, den 30. Dezember 1847.

Königliches Kredit-Institut für Schlesien.

Etablissement-Anzeige.

Da meine Gießerei vollendet ist, so bin ich im Stande alle da hinein schlagende Gufwaaren in Silber, Metall und Zink; sowohl in Standbildern bis zu einer Höhe von 15 bis 18 Fuß, Denkmäler, Verzierungen zu Bauten und so weiter mehr zu gießen und zu ciselieren; auch werden Modelle nach Zeichnungen gefertigt. Ich verspreche nur Gediegene und Schönes mit grösster Billigkeit zu liefern.

Um genügste Aufträge bittet von hohen Herrschaften sowohl hier als auswärts:

Der Eiseleur, Bildgießer und akademische Künstler
Th. Vollgold, Klosterstraße Nr. 3 in Breslau.

Geschäfts-Veränderung.

Die Parzellan-Malerei und die Kristall-Waaren-Niederlage der Fabrik Josephinen-Hütte von F. Pupke, Ring Nr. 45 eine Treppe hoch, übernimmt mit dem heutigen Tage Herr G. Laube, welche er in ganz derselben Weise wie bisher, unter der Firma:

G. Laube, vormals F. Pupke

fortführen wird. — Indem ich somit von meinen langjährigen weichen Geschäftsfreunden scheide, danke ich für das mir so vielfach bezeugte Vertrauen, und bitte, dasselbe nunmehr auf meinen Herrn Nachfolger übertragen zu wollen. Breslau, den 1. Juni 1848.

F. Pupke.

Auf Vorstehendes Bezug nehmend, bitte ich das meinem Herrn Vorgänger F. Pupke geschenkte grosse Vertrauen auch auf mich zu übertragen, welches zu erhalten immer mein Bestreben sein wird.

Das erneute und vervollständigte Lager von bemalten und vergoldeten Porzellanen, a.s. Dejeuners, Vasen, Tassen, Cabarets, Kuchenkörbe, Schreibzeuge ic. — Ferner die neu-sten Erzeugnisse der rühmlichst bekannten Kristall-Waaren-Fabrik Josephinen-Hütte, empfiehlt ich besonders zu Ausstattungen, Hochzeit- und Gelegenheitsgeschenken zu festgestellten, billigen Kalkpreisen. — Wiederverkäufer erhalten angemessenen Rabatt.

G. Laube, vormals F. Pupke,
Ring, Naschmarktseite Nr. 45, 1 Treppe hoch.



Etwas Gutes.
Abgelagerte

La Empresa-Cigarren,

Bremser Fabrikat, pro Tausend 10 Rthlr. 1 Dutzend 3³/₄ Sgr. sind kräftig, haben keinen Geruch, brennen sehr sparsam und schön egal. Daher kann ich solche jedem resp. Raucher mit allem Recht und wahrer Überzeugung, der sie noch nicht kennt, zum Versuch empfehlen.

C. G. Mache,
Oderstraße Nr. 30.

Schweizer Chocoladen-Mehl

offerirt die Patent-Dampf-Kaffee-Fabrik Ohlauerstraße Nr. 50, das Pfund zu 7 Sgr., an Wiederverkäufer bedeutend billiger. Auch alle Sorten Getreide-Kaffee, welcher sich für Brustleidende und Kinder gut eignet, ist immer vorrätig.

Nouveautés für Damen.

Eine große Auswahl von Mantillen, Mantelets, Visites und Valots in Seide, Sammet und andern feinen Stoffen, empfiehlt zu auffallend billigen Preisen das Lager im blauen Hirsch Ohlauerstraße, 1 Stiege.

Schaffscheeren,

deren Güte vielseitig anerkannt, offeriren zu billigen Preisen:
Versch u. Richter in Breslau, Ohlauerstraße in der Kornecce.

Am 1. Juni werde ich in dem bis jetzt von Herrn Eduard Oswald inne gehabten Wein-Lokale

Schweidnitzer- und Karlsstrassen-Ecke Nr. 1, ein ächt Baiersch-Bier-, English-Ale- und Porter-Geschäft

eröffnen. — Indem ich hiermit dieses Etablissement einem geehrten Publikum bestens empfehle, erlaube ich mir, die Versicherung zu geben, daß ich durch die beste Qualität der Biere, guter Küche und prompter Bedienung den Anforderungen zu genügen stets bemüht sein werde. — Breslau, den 30. Mai 1848.

Joseph Karuth.

Wohnung auf dem Lande.

Auf einem Rittergute in sehr anmutiger Gegend des schlesischen Vorgebirges ist für eine angehobene Familie eine, ihren Verhältnissen angemessene Wohnung nebst Garten, Stallung und sonstigem Zubehör, alsbald zu vermieten und das Nähre bei Herrn C. Selbstherr, Herrenstraße Nr. 20 in Breslau, zu erfragen.

Wohnung zu vermieten.

In dem Hause Karlsstraße Nr. 33 der 2. Stock, bestehend aus 6 Stuben nebst Zubehör, vom 1. Oktober d. J. ab. Mietlustige haben sich im Wietungs-Terme den 14. Juni d. J., Vormittags von 10 bis 12 Uhr, im hiesigen Rent-Amt (Ritterplatz Nr. 9) einzufinden und ihr Gebot abzugeben.

Breslau, den 27. Mai 1848.

Königl. Rent-Amt.

Ring Nr. 9 ist ein grosses Verkaufs-Gewölbe zu Michaelis d. J. zu vermieten. Näheres bei Herrn Reichenbach, Albrechtsstrasse Nr. 39, zu erfragen.

Ein elegant möbliertes großes Zimmer ist zum Wollmarkt (auch auf länger) zu vermieten Lauenzenstraße Nr. 83, Lauenzenplatz-Ecke, bei Schulze.

Ring Nr. 29, in der goldenen Krone, ist im ersten Stock eine grosse Stube als Handlungs-Lokal, im zweiten Stock eine Wohnung von 2 Piecen, Allove nebst Zubehör, auf Seite der Ohlauer Straße ein Gewölbe, und im Hofe 2 Keller von Michaelis ab zu vermieten.

Wolleplätze

sind Ring Nr. 9 zu vermieten.

Um Ring Nr. 57, Naschmarktseite, ist eine helle freundliche Wohnung von 4 Piecen in erster Etage, für 100 Rthlr. jährlich, zu vermieten; Näheres daselbst im Hofe par terre links beim Haushalter.

Männliche und weibliche Diensthöfen, darunter perfecte Köchinnen, aus großen Häusern, empfiehlt den hohen Herrschaften zur Mietung: das concessionirte Kommission- und Gesinde-Vermietungs-Bureau von G. Berger, Bischofsstraße Nr. 7, 1. Etage.

Militär- und Jagdzündbüchsen, Patronen, Kugeln in verschiedenen Nummern, so wie diverse Sorten Pulver empfiehlt ein gros und en détail billigst:

Adolph Langner,
am Eisenkram, in der vorm. Cronaschen Bude.

Zum Wollelagern

ist Herrenstraße Nr. 31 in der Nähe des Marktes eine feuerfeste Remise billig zu vermieten. Näheres Ring Nr. 14 im Comptoir.

Wolleplätze,

sicher und gut gelegen, sind noch einige zu vergeben:

Ring Nr. 14,
gegenüber der königl. Hauptwache, 2. Haus von Philippis Weinhandlung.

Eine möblierte Stube
nebst Alkove ist zu Johannis zu vermieten Schweißnitzer Straße Nr. 36.

Papier-Abfälle, alte Papierstückchen und Makulatur zum Einstampfen kauft die Pappensfabrik, Obervorstadt, Salzgasse Nr. 7.

Eine Violine,
welche 42 Rthlr. gekostet, ist für 8 Rthlr. zu verkaufen: Hummeri Nr. 10 bei der Birthin.

Flügel
sowohl neue als gebrauchte stehen in großer Auswahl vorrätig und verkauft unter Garantie

Die Pianoforte-Fabrik
M. Schnabel,
Neumarkt Nr. 27.

Alte abgelagerte wurmstichtige
Barinas-Blätter

ausgesuchter Qualität, das Pfund 12 Sgr., 5 Pf. 1¹/₂ Rthlr.

Rollen-Barinas

alt und abgelagert, das Pf. 15 bis 20 Sgr., Paket- und lose Rauchtabake aus den berühmtesten Fabriken, Schnupftabake in allen Sorten, so wie:

alte abgelagerte Cigarren
zu den billigsten Preisen, empfiehlt

C. F. W. Jacob,
Ohlauerstr. 70, im schwarzen Adler.

Achte Galläpfeldinte

a Glasche 5 Sgr. ist bei Herrn T. W. Kramer, Büttnerstraße Nr. 30 zu bekommen.

C. F. Capau in Masselwitz.

Am Schweidnitzer Stadtgraben Nr. 13 (im Rosenberg) 2 Stiegen hoch rechts, ist an einen soliden Herrn ein schönes Zimmer zu vermieten, so auch für die Dauer des Wollmarkts 1, nöthigenfalls 2 Zimmer, mit eben so viel Betten.

Zu vermieten sind Rosenthaler Straße Nr. 8 und am Wälbchen Nr. 2, so wie Büttnerstraße Nr. 1, mehrere Wohnungen zu 2 bis 6 Stuben, nebst Garten, Stallungen, Remisen und Beigelaß, so wie eine Bäckerei und bald oder Johannis zu beziehen.

Das Nähre ist Rosenthaler Straße Nr. 8 in der 3ten Etage zu erfragen.

Neuegasse Nr. 11 dicht am Tempelgarten sind Wohnungen zu vermieten.

Breslau, den 31. Mai 1848.

(Amtliches Cours-Blatt.) Geld- und Fonds-Course: Holl. Rand. Ost. 96¹/₂ Br. Kaiserl. Duf. 96¹/₂ Br. Friedrichsd'or 114 Br. Louisd'or 113¹/₂ Br. Poln. Cour. 91¹/₂ Br. Dester. Bankn. 60% Gld. Staats-Sch.-Sch. ver 100 Rtl. 3¹/₂% 70¹/₂ Br. Großherz. Pos. Pfandbr. 4% 85¹/₂ Br., neue 3¹/₂% 72¹/₂ Br. Schles. Pfdsbr. à 1000 Rtl. 3¹/₂% 87¹/₂ Br., Lit. B. à 1000 Rtl. 4% 86²/₃ Br., 3¹/₂% 76¹/₂ Br. Alt. poln. Pfdsbr. 4% 84¹/₂ Br., neue 84¹/₂ Gld. Eisenbahn-Aktien: Bresl.-Schw. Freib. 4% 70¹/₂ Gld. Oberschl. Litt. A. 3¹/₂% 69¹/₂ Gld. Litt. B. 70 Br. Niederschl.-Märkische 3¹/₂% 59¹/₂ Gld. Köln-Mindener 3¹/₂% 64¹/₂ Gld. Friedr.-Wilh.-Nordb. 32¹/₂ Gld. Wechsel-Course: Amsterdam 2 Mt. 142³/₄ Gld. Berlin 2 Mt. 99¹/₂ Br. f. S. 93¹/₂ Gld. Hamburg 2 Mt. 149¹/₂ Gld. London 3 Mt. 6.26 Br.

(Börsen-Bericht.) Geld-Sorten und Fonds. Holl. u. Kaiserl. vollw. 113 Br. Poln. Papiergeld 90% bez. u. Br. Dester. Bankn. 90% u. 12% bez. Staats-Sch.-Sch. 3¹/₂% 69¹/₂ bez. u. Gld. Seehandl.-Präm.-Sch. à 50 Rtl. 79 Br. Bresl. Stadt-Oblig. 3¹/₂% 90 Br. Pos. Pfandbr. 4% 85 Br. 3¹/₂% 72¹/₂ — 5% bez. Schle. Pfdsbr. 3¹/₂% 87¹/₂ u. 1% bez. u. Gld. Litt. B. 4% 86¹/₂ u. 1% bez. u. Gld. 3¹/₂% 76¹/₂ Br. Poln. Pfdsbr. 4% neue 85 bez. u. Gld. — Eisenbahn-Aktien: Oberschl. Litt. A. 3¹/₂% 69 — 70 bez. Prior. 4% 72 Gld. Litt. B. 3¹/₂% 69 bez. u. Gld. Breslau-Schweidn.-Freib. 4% 70¹/₂ Gld. Prior. 4% 72 Gld. Niederschl.-Märk. 3¹/₂% 59¹/₂ Gld. Ost-Rhein. (Köln-Minden) 3¹/₂% 64¹/₂ Gld. Krakau-Oberschl. 4% 28¹/₂ bez. u. Gld. Friedr.-Wilh.-Nordb. 4% 32¹/₂ — 2¹/₂ bez.

Coursbericht. Berlin, den 30. Mai.

Köln-Minden 3¹/₂% 64 — 64¹/₂ bez. Prior. 4¹/₂% 76 u. 76¹/₂ bez. Krakau-Oberschl. 4% 28 bez. Niederschl. 3¹/₂% 59¹/₂ bez. Prior. 5% 80¹/₂ Gld. Ser. III. 5% 74¹/₂ bez. Oberschl. Litt. A. 3¹/₂% 66 Gld. Litt. B. 66 bez. Rheinische 45% — 47 bez. — Quittungsbogen: Nordb. (Frd.-Wilh.) 4% 31 — 32 bez. Posen-Stargard 4% 48 Gld. — Fonds- und Geld-Sorten: Staats-Schuld-Sch. 3¹/₂% 69 bez. Seeh.-Präm.-Sch. à 50 Rtl. 78¹/₂ Gld. Pos. Pfandbr. 4% 83¹/₂ Gld., neue 3¹/₂% 72 bez. Friedrichsd'or 113¹/₂ bez. Louisd'or 112¹/₂ bez. Poln. Pfandbr. 4% alte 84 Gld. neue 84 Gld.

Ein Predigtants-Candidat, welcher auch Klavier-Unterricht zu geben im Stande ist, wird als Hauslehrer gesucht. Darauf Reflektirende wollen sich baldigst wenden an den Candidaten Scholz, in Breslau, Neumarkt 7.

Verloren

wurde ein Dolch, emalierte zweischneidige Klinge mit schwarzem Ebenholz-Griff, nebst einer ledernen mit Reuselber beschlagenen Scheide. Der Finder erhält bei Abgabe desselben, Elisabetstraße Nr. 8 par terre, dessen doppelten Werth von 2 Rthlr. zur Belohnung

Ein geehrtes Publikum erlaube ich mir aufmerksam zu machen, daß 30 Stück rothbuchene Bohlen, circa 18 bis 20 Fuß lang, 16 bis 24 Zoll breit und 3 bis 3¹/₂ Zoll stark, wie auch einige weißbuchene Bohlen (meist in Oppeln befindlich) zu soliden Preisen bei mir zu haben sind.

Falkenburg, 30. Mai 1848.

C. W. Haase, Mühlens-Baumeister.

Während des Wollmarkts ist ein sicher gelegenes Gewölbe am Blücherplatz Nr. 12 zu vermieten. Näheres bei Herrn G. Würkheim daselbst.

Zu vermieten und 1. Juli zu beziehen sind alte Taschenstraße Nr. 19 im ersten Stock zwei möblierte Stuben, die eine mit Aussicht nach der Promenade; Näheres dagegen.

Während des Wollmarkts ist ein möbliertes Zimmer für einen einzelnen Herrn Ring (Naschmarktsseite) Nr. 51, erste Etage, zu vermieten.

Schuhbrücke Nr. 45 ist eine möblierte Stube mit Kabinett sofort zu beziehen, auch über den Wollmarkt.

Während des Wollmarkts ist eine Remise zu vermieten Karlsstraße Nr. 35.

Zum Wollelager sind zwei große lichte lokale Neuschusterstraße Nr. 2 zu vermieten.

Lauzenienplatz Nr. 7 ist zu Johannis die zweite und dritte Etage zu vermieten; das Nähre beim Haushalter.

Ein lichtet möbliertes Zimmer ist inclusive Bett für 2 Rthlr. monatlich bald zu beziehen Sandstraße Nr. 1 beim Haushalter.

Billig zu verkaufen ist veränderungshalber ein moderner, halb- und ganzgedeckter Wagen; Näheres Scheinrichstraße Nr. 8, erste Etage.

Während des Wollmarkts ist eine Stube am Ring vorn heraus billig zu vermieten; Näheres in der Conditorie Ring Nr. 40.

Veränderungshalber steht in Brieg Nr. 45 in der Gerber-Straße ein großes fehlerfreies dauerhaftes achtjähriges Reitpferd zu verkaufen, welches sich vorzüglich zum Militär-Gebräuch eignet, da es vollständig diensthältig ist. Auch steht daselbst ein breitspuriger Wagen zu verkaufen.

Eine nach Angabe des geh. Rath's Dr. Ruff in Berlin gefertigte Streckbett-Maschine, nebst Gradehalter, Hängemaschine u. s. w., so wie eine sehr gut gehaltene große Stubendecke von in Del getränkter gemusterter Leinwand ist Lauzenienplatz Nr. 4 par terre billig zu verkaufen.

Siegel und Stempel

zu privat-, Dominial-, Gerichts-, Wirtschafts-, Polizei- und Kirchen-Siegeln werden sauber und billig gefertigt: Oderstr. Nr. 37 bei Lach und Schulz, Graveur's.

Breslauer Getreide-Preise am 31. Mai 1848.

Sorte: beste mittlere geringste
Weizen, weißer 55 Sgr. 52 Sgr. 48 Sgr.
Weizen, gelber 50 " 47 " 44 "
Roggen 38¹/₂ " 35¹/₂ " 32 "
Gerste 32 30 28 "
Hafer 23¹/₂ " 22 " 20 "